

Einladung zur 18. WR-Bildungswerkstätte

1. Teil:

Wann: Freitag, 2. Februar 2018, 19.15-21.30 Uhr

Wo: **SP Sekretariat in Solothurn**

Rossmarktplatz 1, 2. Stock, rechter Eingang

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Broschüre: spw Heft 221 «Europäische Sozialdemokratie, zwischen Krise und Erneuerung?»

2. Teil:

Wann: Samstag, 17. Februar 2018, 09.30-13.00 Uhr

Wo: **SP Sekretariat in Solothurn**

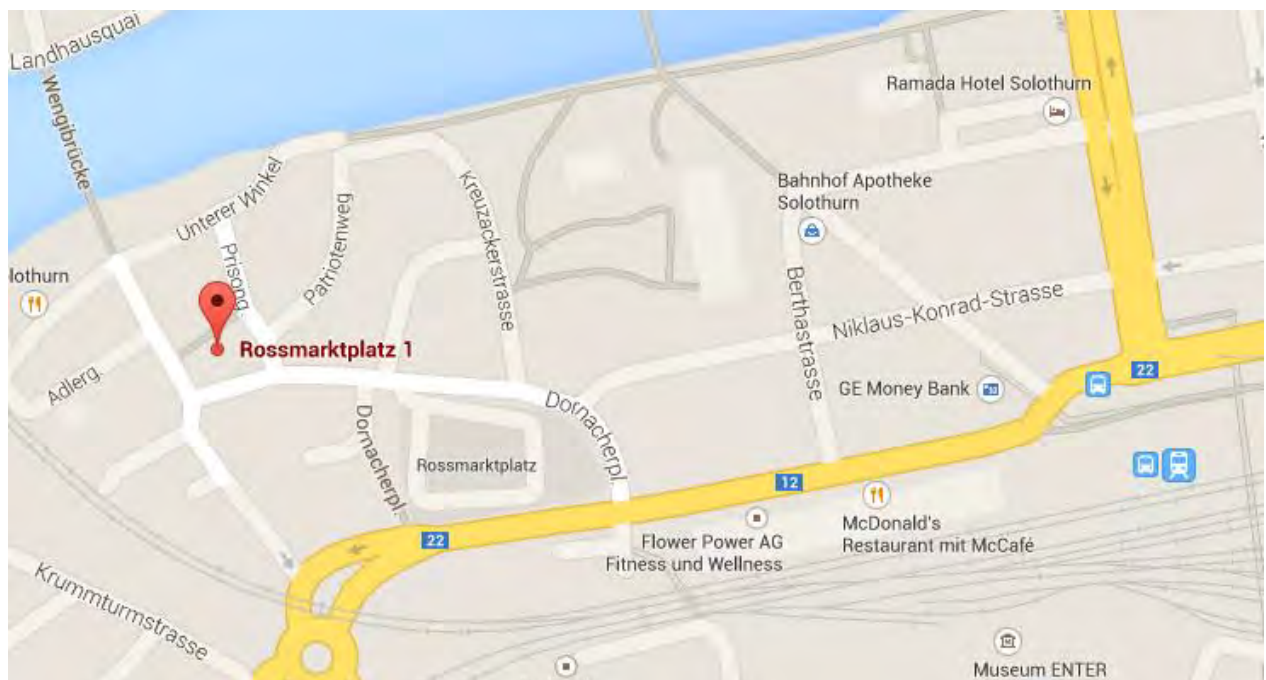
Rossmarktplatz 1, 2. Stock, rechter Eingang

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Individuelle Beiträge, gemeinsame Diskussion und ermutigende Schlussfolgerungen.

Lageplan Rossmarktplatz 1 in Solothurn



Thema der 18. WR-Bildungswerkstätte

«Krise der Linken im allge- meinen und der SP im Beson- deren»

Unterlagen:

Broschüre: spw Heft 221 «Europäische Sozialdemokratie, zwischen Krise und Erneuerung?» (wurde an einem früheren Anlass bereits verteilt)

Wer ein Heft bestellen möchte, bitte melden.

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB
5. Januar 2018/NW

Italienische Sozialdemokratie – Erfolg durch Transformation?

Parlamentswahlen in Italien, 4. März 2018

Anfangsgrundfragen aus „Italienische Sozialdemokratie – Erfolg durch Transformation?“¹

- „Sozialdemokrat (implizit Matteo Renzi), der die Linke erneuert, oder verkappter Rechter, der die Axt an die Wurzeln der eigenen Partei legt?“
- „Politiker, der die Partito Democratico (PD) grundlegend erneuern will, um mit ihr ein modernes Italien zu gestalten, oder purer Machtmensch, dem es allein darum geht, die eigene Führungsrolle zu zementieren?“
- „Kurz: Hoffnungsträger oder Totengräber der PD?“

Am 4. März 2018 werden viele der von Michael Braun¹ gestellten Fragen eine Antwort finden. Am 4. März, nach 5 Jahren von den letzten Abstimmungen und nach drei Premierwechseln der „Demokratische Partei“ PD (E. Letta 2013, M. Renzi 2014, P. Gentiloni 2016), werden nämlich in Italien die Parlamentswahlen wieder stattfinden. Die Wahlergebnisse von März werden zeigen, ob sich mit der von Renzi umgesetzte „Verschrotterungspolitik“² und den von ihm gebrachten Erneuerungsschub der italienischen Sozialdemokratie die erhofften Ergebnisse erzielen lassen.

Warum finden am 4. März 2018 wieder Parlamentswahlen statt?

Ende Dezember 2017 wurde die Auflösung des bisherigen Parlaments und der „provisorischen“³ Regierung beschlossen.

Hauptgründen:

- Nachdem die von der Renzi-Regierung geplante Verfassungsreform (Abschaffung des Senats) abgelehnt wurde, ist der sozialdemokratische Regierungschef Renzi im Dezember 2016 zurückgetreten.
- Im Herbst 2017, vor der Regierungs- und Parlamentsauflösung, haben die PD, FI („Forza Italia“, Mitte-rechts-Partei, Hauptfigur Berlusconi), LN („Lega Nord“, rechtspopulistische Partei, Hauptfigur M. Salvini) die Einigung für das neue Wahlrecht (sog. „Rosatellum“) gefunden. Der Grund lag darin, dass das im Mai 2015 geänderte Wahlrecht (sog. „Italicum“) zur Abgeordnetenversammlung vom Verfassungsgericht zum Teil für ungültig erklärt wurde. Deswegen musste von den obengenannten Parteien ein neues Wahlrecht, vor den Parlamentswahlen, verfasst werden.

Neues Wahlrecht:

Das Rosatellum ist ein Grabenwahlrecht. In jeder Kammer des Parlaments („Camera dei deputati“, 630 Abgeordnete | „Senato“, 315 Senatoren) werden 37% der Sitze (232 | 116) per relativem Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen und 61% (386 | 193) der Sitze proportional per Verhältniswahl vergeben. Weitere 2% (12 | 6) entfallen auf die Auslandswahlkreise.

¹ „Italienische Sozialdemokratie – Erfolg durch Transformation?“, M. Braun, SPW, Heft 221, Ausgabe 4- 2017, SS. 24-27

² „Verschrotterungspolitik“: deutsche Übersetzung des italienischen Ausdruckes „politica della rottamazione“, welcher vom Renzi mit diesem Sinn geprägt wurde (Erneuerung der Partei durch den Ausschluss der „alten“ Exponenten der Linke).

³ „Provisorisch“: als provokativ zu verstehen, denn Gentiloni stellte damals weder für die Mehrheit der Bevölkerung noch der PD die erste Wahl dar. Von der Presse wurde er oft als „politische Marionette“ von Renzi bezeichnet.

Die Parteien können, wie bisher schon üblich, in Koalitionen antreten und für die Teilnahme an der Verteilung der proportionalen Sitze besteht eine landesweite Sperrklausel von 3% für einzelne Listen. Hauptziel des neuen Wahlrechts ist die Erhöhung der Regierungsstabilität, durch die Reduktion der politischen Kraft von kleinen Parteien, welche in der italienischen politischen Geschichte eine entscheidende Rolle für das Schicksal einigen Regierungen⁴ schon gespielt haben.

Hauptakteure der Parlamentswahlen: Koalitionen, Parteien

Mitte-Links-Koalition:

Koalition: Der regierende Partito Democratico (PD, Demokratische Partei) tritt in einer Mitte-Links-Koalition an. An ihrer Koalition sind drei kleinere Bündnisse beteiligt: Civica Popolare (christdemokratische Bündnis), Italia Europa Insieme (progressives Bündnis, Italienische Sozialpartei + Grüne) und Più Europa (pro-europäisches Bündnis).

Spitzenkandidat: ehemaliger Ministerpräsident und Parteisekretär Matteo Renzi, welcher die Vorwahlen der PD von 2017 mit dem 69% gewonnen hat.

Wahlprogramme bzw. -versprechungen:

- Steuersenkung, Erhöhung des Familiengeldes (Investitionen von 10 Milliarden Euro), Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem der Jugendarbeitslosigkeit (Ziel wäre bis Ende der Legislaturperiode die von 35% zu 20% zu sinken), Reduktion der Staatsschulden, sowie Einführung eines Mindestlohns pro Stunde sind die Schwerpunkte des 60-seitigen Wahlprogramms namens "100 Schritte vorwärts für Italien".
- Renzi hat auch in den letzten Monaten die Pläne der anderen Parteien und Koalitionen sehr stark kritisiert, denn gemäss dem PD-Spitzenkandidaten sind die Wahlprogramme seiner Rivalen populistisch, nicht glaubwürdig und nicht realisierbar.

Fünf-Sterne-Bewegung:

Koalition: Der Movimento 5 Stelle (M5S, Fünf-Sterne-Bewegung) verzichtet auf eine Koalition mit anderen Parteien, denn sie definieren sich selbst als die einzige transparente und ehrliche Partei, welche sich von der starken italienischen Korruption distanziert.

Spitzenkandidat: Der Spitzenkandidat Luigi Di Maio wurde im September 2017 in einer parteiinternen Vorwahl bestimmt. Parteivorsitzender ist der Komiker Beppe Grillo.

Wahlprogramme bzw. -versprechungen:

- Reduktion des Gehalts⁵ der Parlamentarier (die Parlamentarier der 5-Sterne Bewegung verzichten bereits auf die Hälfte des Gehaltes und der Lohn kommt einem Fonds zu, der mit Mikrokrediten mittlere und kleine Unternehmen unterstützt).⁶
- Grillo hat sich für die Einführung einer Wochenarbeitszeit von 25 Stunden in Italien ausgesprochen. Gemäss Grillo könnten die Hälfte der Jobs durch Roboter oder moderne Technologie ersetzt werden.

⁴ Im 2008 entzog die UDEUR-Partei (Unione democratica per l'Europa", Union der Demokraten für Europa, Mitte), mit dem 1.4% des Stimmanteils in den Parlamentswahlen von 2006, entzog der Regierung Prodi ihre Unterstützung und stürzte Italien in eine tiefe Regierungskrise (Prodi musste nach dem Misstrauensvotum zurücktreten).

⁵ Der Lohn eines italienischen Parlamentariers ist sehr hoch, 14'000 Euro im Monat plus Spesen (~7'000 Euro). Das ist zirka zehn Mal mehr als etwa der Lohn einer italienischen Lehrerin oder eines Polizisten.

⁶ Breaking News (11.02.2018), "Neuer Skandal für Italiens Protestpartei Fünf Sterne": Einigen Parlamentariern der Bewegung droht die Entfernung von den Wahllisten, weil sie Teile ihres Gehalts nicht an einen Fonds zur Unterstützung kleiner Unternehmen gezahlt haben sollen, wie es die Bewegung von ihren Abgeordneten verlangt. 1,4 Millionen Euro sollen fehlen, berichteten (13.02.2018) die Zeitungen "La Repubblica" und "Corriere della Sera". Am 11. Februar 2018 hatte das TV-Programm "Le Iene" von Silvio Berlusconi's Mediengruppe Mediaset über den Skandal zuerst berichtet.

- Grillo warb auch erneut für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wie das alles zu finanzieren sei, liess der Komiker allerdings offen.

Mitte-rechts-Koalition:

Koalition: Wie bereits 2013 bilden die konservative und wirtschaftsliberale Forza Italia von Silvio Berlusconi, die rechtspopulistische Lega Nord (Lega, Liga Nord) von Matteo Salvini und die nationalkonservative Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni die Mitte-Rechts-Koalition.

Spitzenkandidat: Die Koalition konnte sich (noch) nicht auf einen Spitzenkandidaten einigen. Der Hauptgrund liegt darin, dass Berlusconi, der sehr wahrscheinlich die Mehrheit des Stimmanteils der Koalition bekommen wird, ist wegen eines Steuerstrafurteils als Premier unwählbar. Im Fall einer Mehrheit im Parlament, muss er bis August 2019 warten, um den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen zu können. Inzwischen sollte entweder der Europaparlamentspräsident Antonio Tajani, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi oder der Journalist Paolo Del Debbio (er ist wahrscheinlich der einzig, der die Unterstützung der gesamten Koalition haben sollte) Berlusconi vertreten.

Wahlprogramme bzw. -versprechungen:

- Der wichtigste Punkt im Programm des rechten Lagers ist die Einführung einer Flat Tax⁷ auf Einkommen. Die rechtspopulistische Lega will den Steuersatz sofort auf 15% senken. Die konservative Forza Italia will diesen graduell auf 20% reduzieren (heutiger Steuersatz variabel von 23% für Einkommen < 15'000 € bis 45% für Einkommen > 75'000 €, Steuerprogression) senken.
- Hauptziel von Salvini, wenn seine Partei an die Macht komme, wäre wieder die "Sicherheit nach Italien bringen". Diese wurde, gemäss dem Spitzenkandidaten der Lega Nord, durch die "Invasionen der Migranten welche die linken Regierungen in den letzten Jahren organisiert und finanziert hatte" gefährdet.

Frei und Gleich:

Koalition: Die Koalition "Liberi e Uguali" ist die Vereinigung dreier linker Parteien: zum einer der "Sinistra Italiana" (SI, Italienische Linke), zum anderen zweier Abspaltungen des PD, der "Movimento Democratico e Progressista" (Hauptkandidaten dieser Partei sind, die von Renzi "verschrotteten" Pierluigi Bersani, welcher im 2012 die PD-Vorwahlen gegen Renzi gewonnen hat, und der damalige Premier 1998-99 Massimo D'Alema) und "Possibile" (Hauptkandidat: Giuseppe Civati, welcher in 2013 die PD-Vorwahlen gegen Renzi verloren hat).

Spitzenkandidat: Spitzenkandidat ist Pietro Grasso, Jurist und seit März 2013 Präsident des Senats.

Umfragen und Hochrechnungen

Siehe die zwei Beilagen.

⁷ Mit Flat Tax (kurz für Flat-Rate Tax) wird ein einstufiger Einkommensteuertarif bezeichnet. Der Grenzsteuersatz ist konstant, ohne Steuerprogression.

Aktuelle Umfragen

nach Partei

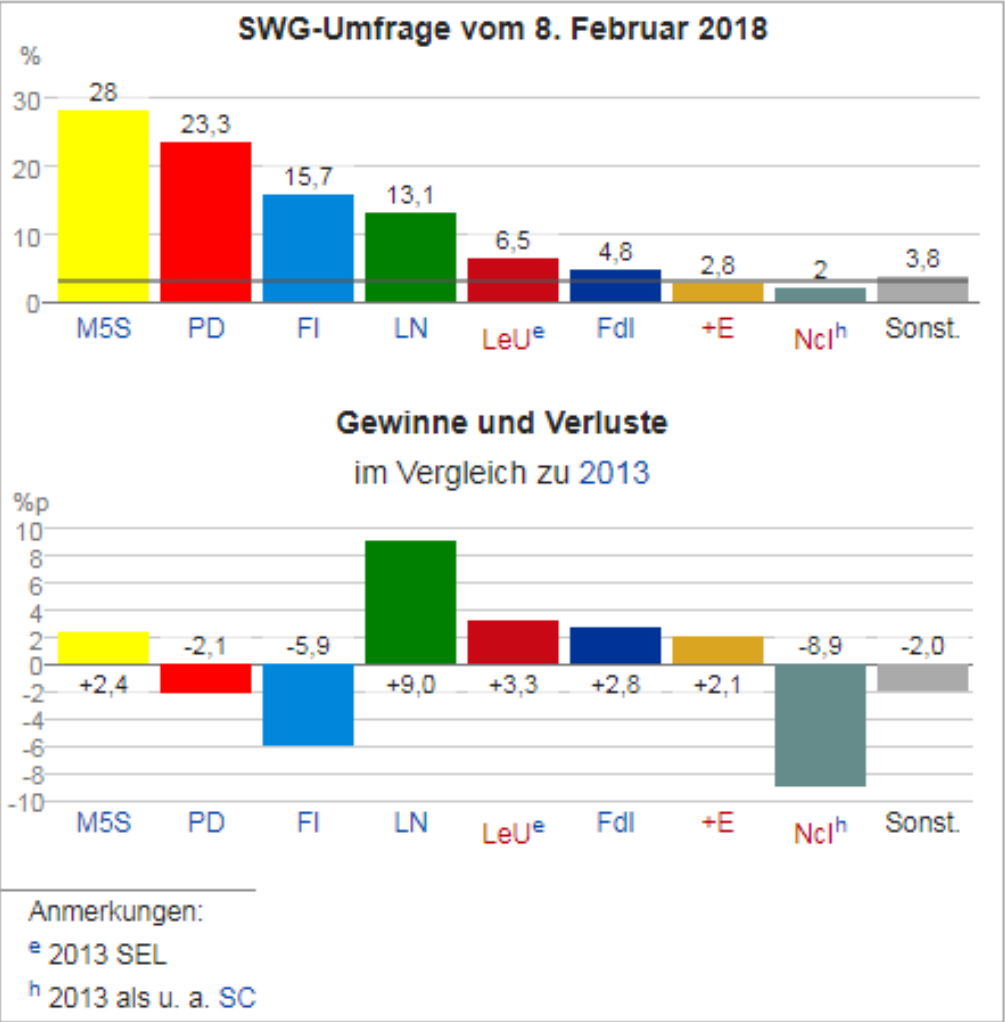
Institut	Datum	M5S	PD	FI	Ncl	LN	LeU	Fdl	+E	I	CP	Sonst.
Demopolis ^[18]	09.02.2018	28,3 %	22,8 %	16,3 %	—	14,0 %	5,8 %	4,7 %	—			8,1 %
SWG ^[19]	08.02.2018	28,0 %	23,3 %	15,7 %	2,0 %	13,1 %	6,5 %	4,8 %	2,8 %	0,8 %	1,3 %	1,7 %
Index ^[20]	08.02.2018	27,3 %	23,5 %	15,7 %	2,6 %	14,1 %	6,0 %	5,0 %	1,9 %	1,5 %	1,1 %	1,3 %
Tecné ^[21]	07.02.2018	28,0 %	22,1 %	18,3 %	2,9 %	13,2 %	5,7 %	4,9 %	1,6 %	—	—	3,3 %
EMG ^[22]	04.02.2018	27,2 %	23,0 %	15,8 %	2,8 %	14,3 %	5,4 %	4,6 %	1,9 %	1,6 %	1,0 %	2,0 %
Bidimedia ^[23]	02.02.2018	26,2 %	24,2 %	16,2 %	2,2 %	13,3 %	5,0 %	4,2 %	1,6 %	1,2 %	1,6 %	4,3 %
Termometro Politico ^[24]	02.02.2018	26,8 %	22,0 %	15,5 %	1,5 %	14,0 %	5,3 %	5,6 %	1,9 %	1,2 %	0,6 %	5,7 %
Ixé ^[25]	01.02.2018	28,7 %	22,0 %	17,0 %	2,0 %	11,5 %	7,3 %	4,3 %	2,6 %	0,4 %	0,8 %	3,4 %
Piepoli/Euromedia ^[26]	01.02.2018	27,2 %	23,8 %	17,8 %	2,3 %	13,8 %	5,7 %	4,5 %	1,6 %	1,1 %	0,8 %	1 %
Ipsos ^[27]	24.01.2018	29,3 %	22,7 %	16,9 %	1,1 %	13,7 %	6,1 %	4,6 %	4,0 %			1,6 %
IPR ^[28]	23.01.2018	28 %	22 %	16 %	3 %	12 %	6 %	6 %	2 %	1 %	2 %	2 %
Lorien ^[29]	22.01.2018	29,2 %	25,3 %	15,9 %	1,4 %	12,2 %	5,9 %	4,0 %	1,1 %	0,2 %	1,4 %	1,5 %
Wahl 2013	25.02.2013	25,6 %	25,4 %	21,6 %	10,9 %	4,1 %	3,2 %	2,0 %	0,7 %	—	—	6,5 %

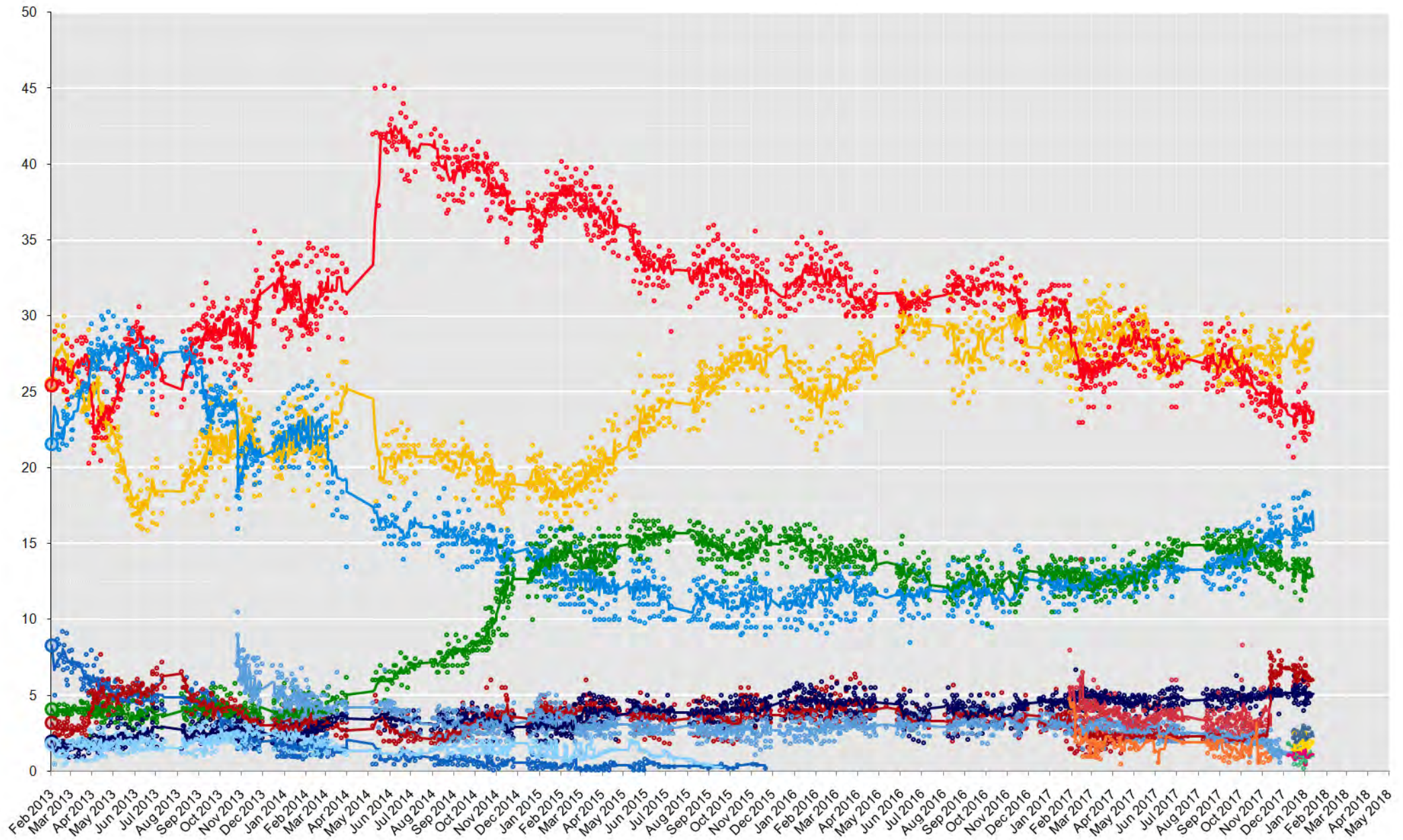
nach Koalition

Institut	Datum	Mitte-Links	Mitte-Rechts	M5S	LeU	Sonst.
Demopolis ^[18]	09.02.2018	27,5 %	37,2 %	28,3 %	5,8 %	8,1 %
SWG ^[19]	08.02.2018	28,5 %	35,6 %	28,0 %	6,5 %	1,4 %
Index ^[20]	08.02.2018	28,0 %	37,4 %	27,3 %	6,0 %	1,3 %
Tecné ^[21]	07.02.2018	25,7 %	39,3 %	28,0 %	5,7 %	1,3 %
EMG ^[22]	04.02.2018	27,9 %	37,5 %	27,2 %	5,4 %	2,0 %
Bidimedia ^[23]	02.02.2018	29,1 %	35,9 %	26,2 %	5,0 %	3,8 %
Termometro Politico ^[24]	02.02.2018	26,1 %	36,3 %	26,8 %	5,6 %	5,2 %
Ixé ^[25]	01.02.2018	25,8 %	35,3 %	28,7 %	7,3 %	2,9 %
Piepoli/Euromedia ^[26]	01.02.2018	27,7 %	38,4 %	27,2 %	5,7 %	1 %
Ipsos ^[27]	24.01.2018	26,7 %	36,3 %	29,3 %	6,1 %	1,6 %
IPR ^[28]	23.01.2018	27 %	37 %	28 %	6 %	2 %
Lorien ^[29]	22.01.2018	28,0 %	34,0 %	29,2 %	5,9 %	1,0 %
Wahl 2013	25.02.2013	29,5 %	29,2 %	25,6 %	3,2 %	—

Ältere Umfragen

nach Partei





■ = M5S, ■ = PD, ■ = FI, ■ = LN, ■ = LeU, ■ = FdI, ■ = NcI, ■ = +E, ■ = I, ■ = CP, ■ = UdC, Stand: 2. Februar 2018

Drei Aspekte aus sozialistischen und sozialpolitischen Erfolgen.

1. Die europäische Vision und Reformnotwendigkeit

Gemeinsames Gefühl der Zugehörigkeit zum europäischen Projekt und sich diese eigen zu machen. Ohne die Austerität und den Neoliberalismus, diese sind nicht hinnehmbar. Sie ergeben auch keine brauchbaren Lösungen für eine europäische Wirtschaftspolitik. Die von Junker präsentierten fünf Punkte sind der falsche Ansatz. Die Diskussion über die Zukunft Europas muss von progressiven Kräften angestossen werden.

2. Das progressive, alternative Szenario

Ein anderes neues Wirtschaft- und Sozialmodel präsentieren. Prioritär ist der Vorschlag einer europäischen Säule sozialer Rechte zu implementieren. Die Vernachlässigung sozialpolitischer Fragen hat zur Entfremdung der Bürger und Bürgerinnen geführt. Die verschiedenen sozialstaatlichen Modelle harmonisieren, den Steuerwettbewerb und die Steuerflucht in Europa eindämmen. Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Armut ergreifen welche nicht auf Ungleichheit basieren. Jugend und Kindergarantie, Erasmusprogramm unterstützen und fördern. Kulturpolitik fördern, für Würde und Schutz der Arbeit kämpfen, klare Agenda zur Gleichberechtigung und Gleichstellung führen.

3 Die Möglichkeiten der Linken und die Verpflichtung gegenüber der Wählerschaft

Es gibt gemeinsame Lösungen und Ansätze. Die europaweiten Bemühungen, Verbindungen mit anderen linken Kräften zu verknüpfen, sind mit Sicherheit positive Nachrichten aus letzter Zeit. Die Progressive Caucus-Initiative stellt gemeinsame Ansätze der Sozialdemokraten, Grünen und anderen linken Parteien in den Vordergrund, vor allem im Hinblick darauf, wie sie die Zukunft Europas gestalten wollen.

Von Rebekka Wyler

„An der Macht beteiligt, aber nie an der Macht: Die Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie (Schwerpunkt S.63 ff)

R. Wyler beginnt ihren Artikel mit einer Gegenüberstellung von Staat und Verbänden. Zu den letzteren zählt sie auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Im Weiteren geht sie von einer schwachen Linken aus, und dies strukturbedingt von einem kulturellen und wirtschaftlichen Hintergrund. Seit Ende des letzten Jahrhunderts polarisieren die Kräfte in der Schweiz mit dem Erfolg, dass konservative Kräfte gestärkt wurden. Wyler geht in ihrem Text zunächst auf die Entwicklung der SP nach: von der Gründung (1884), über ein erstes Parteiprogramm (1904) mit marxistischen Grundlagen, zu den Mandatsgewinnen durch die Einführung des Proporzwahlrechts. Soweit lässt sich die SPS mit den europäischen SP's vergleichen. Der wesentliche Unterschied liegt dann in zwei Dingen: die direkte Verschonung von zwei Kriegsbeteiligungen und das System, das keine Regierung mit Opposition kennt; sondern Koalitionsregierung darstellt. Wyler erwähnt, dass die Wahl des ersten SP-Bundesrats Ernst Nobs ZH 31.12.1943 der weltpolitischen Lage zu zuschreiben sei. Ab 1959 erhält die SP ihren zweiten Bundesratsplatz mit Hans-Peter Tschudin BS: die Geburt der „Zauberformel“ (2 SP, 2 FDP, 2 CVP, 1 SVP). Ab 2003 fanden grössere Verschiebungen im bürgerlichen Lager statt. Trotz dieser veränderten Ausgangslage, kann das Parteiensystem als eher stabil bezeichnet werden, gemäss Wyler. Das bedeutet, dass die SPS an der Macht beteiligt ist, aber nicht an der Macht. Ab 1945 kann die Entwicklung der SPS nicht mehr mit den europäischen SP's verglichen werden (kein Höhenflug, kein Totalabsturz). Wyler geht in der Schweiz von einer eher schwachen Arbeiterbewegung aus. Dies verhindert, dass die Basis der SPS nicht so breit sein konnte, wie bei der SPD oder SPÖ (etwaige Gründe: keine Parteienfinanzierung oder Gegenkulturentwicklung). Eine Zugehörigkeit der Klasse der Arbeiterschaft fand nie statt. Hingegen bezeichnet Wyler die aktive Mitgliedschaft von eher wenigen, als überdurchschnittlich aktiv. Dazu kommt das Milizsystem, das grosse Akzeptanz über alle Bevölkerungsgruppen hinweg genießt. Damit kann davon ausgegangen werden, dass Parlamentarier nahe beim Menschen sind. Ein Nachteil dieses Systems scheint die Untervertretung von Berufsgruppen zu sein, schliesslich kann sich nicht jeder eine Art von Ehrenamtlichkeit leisten. Die SPS, so Wyler, war und ist keine Volkspartei und auch kein „elitärer Zirkel“. Dies kann ein Grund sein, dass die Krise der europäischen SPs die SPS eher verschont hat. Dies bedeutet nicht, dass Entfremdung, Desinteresse und Polarisierung nicht stattfinden und Einfluss auf Abstimmungen und Wahlen haben. Es sind neue Wege gesucht und gefunden werden.

Wofür stehen wir ein? Wyler knüpft hier an die französische Revolution an: Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Freiheit darf kein Vorrecht von Besitzenden sein oder werden. Dazu gehört: Rede-, Meinungs- und Medienfreiheit. Für eine solidarische Gesellschaft wird ein Wettbewerb benötigt, der all mitnimmt. Unser Umgang, nicht nur mit den Ressourcen ist zu ändern, damit unsere Nachfolgenden in Freiheit und Gerechtigkeit leben dürfen.

Glaubwürdigkeit Wyler zitiert hier den Alt Bundesrat Willi Ritschard: „Niemand wird uns den Glauben an eine bessere Welt abkaufen, wenn er nicht sieht, dass wir bereits in dieser Welt alles unternehmen, um den Menschen zu schützen.“ Wertschätzung zu allen Beteiligten dieser Gesellschaft und dies ohne Eigennutz und Gleichgültigkeit.

Nahe bei den Leuten Wyler stellt die Frage nach eigenen Medien, um eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit, der genügend Raum einzuräumen ist, zu ermöglichen. Ziel: über Themen breiter zu den verschiedenen Gruppen vorzudringen zu können. (BSP: „Blue collars“, Lohnempfänger ohne CH-Pass tragen zum Wohlstand in diesem Land bei, haben aber keine Legitimation für Partizipation). – Technisch versierte Gruppen konnten bisher weniger erreicht werden, sind aber auch Lohnempfänger. Zusätzlich sind alle Segmente der Gesellschaft anzusprechen. Es ist nicht genügend das Recht auf Arbeit einzufordern, dazu gehört auch die Massnahme zur Bildung. Welche Antworten können auf die neuen Herausforderungen gefunden und gegeben werden? Arbeit 4.0 + zukünftige (Teil-) Selbständigkeit. Nahe bei den Leuten sein, heisst für Wyler, dass alle Bestandteil der fortschrittlichen Politik sein müssen: Frauen, Jugendliche, Familien, Menschen mit Beeinträchtigungen, geschlechtliche Ausrichtungen, etc.

Wie werden wir mit der Mitbestimmung in Betrieben vorgehen? 25 % der Bevölkerung können nicht am System Demokratie nicht partizipieren. Ist das Demokratie? Wyler zeigt am Erfolg von Corbyn (GB), dass aufgestellte Aktionen mit Glaubwürdigkeit eine Chance sein können, um dem Rechtspopulismus erfolgreich entgegenzutreten.

Handwerk Jede „Bewegung“ braucht Anhänger, Mitträger, Mitdenker. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit, die Leute kommen dann schon, ist nach Wyler die Lehre zu ziehen, dass Aktivitäten nötig sind. Dazu sind auch Ereignisse der Weltbühne nützlich und sichtbar zu machen. Meist geschieht dies durch Strassenaktion, Gesprächen um Menschen zu interessieren und dann über das Sympathisantenwesen für einen Eintritt zu führen. Wyler sieht in der „Basiskampagne“ eine Möglichkeit, die wenigen Aktiven wieder in Boot zu holen und damit wieder zu mehr Engagement führen. „Der persönliche Kontakt ist durch nichts zu ersetzen“ (Rebekka Wyler, spw Ausgabe 4/2017 S. 67).

Zusammenfassung von Petra Schwaller, 29.01.2018

Die linkspopuläre Option

Wenn die deutsche Sozialdemokratie ihren europäischen Schwesterparteien nicht in die Bedeutungslosigkeit folgen will, muss sie sich ändern.

Von [Andreas Nölke](#) | 30.01.2018



„Eine linkspopuläre Position ist keine populistische Position. Sie ist nicht chauvinistisch, ausländerfeindlich oder rassistisch. verfolgt ein pluralistisches Politikverständnis.“

Der Niedergang von Parteien der linken Mitte bei Parlamentswahlen ist inzwischen ein vielfach besungenes Phänomen. Die SPD hält sich mit dem historisch schlechten Ergebnis von 20,5 Prozent sogar noch gut, wenn man ihre Lage mit den Schwesterparteien in Frankreich, den Niederlanden oder Griechenland vergleicht. Auch in Italien, Spanien, Österreich, Belgien und selbst in Skandinavien sind sozialdemokratische Parteien heute in einer schwierigen Lage.

In ihrem angestammten Kernmilieu der Arbeiter oder zumindest der Gewerkschaftler ist die Sozialdemokratie nicht mehr unangefochten. Noch begrenzter ist ihre Strahlkraft in Bezug auf das sozioökonomisch untere Fünftel der Gesellschaft. Neben den verbleibenden Arbeitslosen sind das vor allem die in Dienstleistungsberufen prekär Beschäftigten. Man mag sich in der Sozialdemokratie mit einem stabilen Zuspruch aus dem Milieu der akademisierten Angestellten und Beamten sowie der Facharbeiter aus den Exportindustrien trösten, aber ihre traditionelle Kernaufgabe, eine Verbindung der unteren und mittleren sozialen Gruppen, liegt damit weitgehend brach.



Andreas Nölke
Frankfurt

Dr. Andreas Nölke ist seit 2007 Professor für Politikwissenschaft insbesondere Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie, an der Goethe-Universität Frankfurt. Neben Beratertätigkeiten für die GTZ sowie für die Europäische Kommission und die Weltbank lehrte Nölke an den Universitäten Leipzig, Konstanz, Utrecht und Amsterdam. Er ist Mitherausgeber der bei Springer-VS erscheinenden Buchreihe "Globale Politische Ökonomie". Im Januar 2018 ist s

Eine linkspopuläre Position ist keine populistische Position.



Verblüffend ist dieser Befund allerdings vor allem dann, wenn man ihn mit dem prinzipiell ganz erheblichen Wählerreservoir für sozialdemokratische Politik vergleicht. In Deutschland sind beispielsweise knapp zwanzig Prozent der Bevölkerung von relativer Armut betroffen, weitere 30–40 Prozent fürchten sich in langfristiger Perspektive vor dem sozialen Abstieg. In keinem Bundesland finden mehr als 15 Prozent der Bevölkerung, dass die wirtschaftlichen Gewinne gerecht verteilt sind, in Brandenburg ist es gerade mal ein Prozent, so das „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung im Dezember 2017. Der Anteil der unteren 50 Prozent am Volkseinkommen ist in den letzten drei Jahrzehnten deutlich geschrumpft, die Ungleichheit der Vermögensverteilung hat auch im internationalen Vergleich eine extreme Dimension angenommen und eine klare Mehrheit der Bevölkerung verortet sich politisch eher links als rechts.

Warum liegt der Anteil der beiden linken Parteien in Deutschland angesichts von Armut, Abstiegsangst und Ungleichheit bei nur etwa 30 Prozent der Bundestagsmandate und nicht bei 50 oder 60? Sehr große Teile des linken Wählerpotentials üben sich in Wahlenthaltung, zum Teil schon seit vielen Jahren. Jenes Viertel der deutschen Bevölkerung, das auf die Beteiligung an der Bundestagswahl verzichtet hat – bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen sind es noch viel mehr – rekrutiert sich überproportional aus den sozial schwachen Bevölkerungsgruppen. Zudem wählen viele Angehörige der unteren Mitte – und selbst viele organisierte Arbeitnehmer – mit der AfD inzwischen eine neoliberal-rechte Partei.

Um langfristig wieder eine Mehrheitsperspektive zu gewinnen, muss die Sozialdemokratie diese sozialen Gruppen zurückgewinnen. Sie müsste dafür nicht nur sozioökonomisch eine konsequente Politik für die unteren 50–60 Prozent der Bevölkerung machen, sondern auch jenen Menschen entgegenkommen, die Vorbehalte gegenüber einer ungebremsen Globalisierung hegen. Große Teile der Bevölkerung – insbesondere jene ohne akademischen Abschluss – sorgen sich ja um die langfristige Schwächung des Sozialstaats durch Migration und eine supranational-liberalisierende EU.

Alle Wähler, denen eine eher kommunitaristische Ausrichtung wichtig ist, müssen bisher die AfD wählen.



Politische Positionen, die diesen Sorgen entgegenkommen, werden häufig als „rechts“ wahrgenommen. Das ist allerdings ein Trugschluss. Wir müssen das politische Spektrum zweidimensional wahrnehmen. Dabei wird die links-rechts-Achse von einer zweiten Achse gekreuzt, die man als kosmopolitisch-kommunitaristisch auffassen kann. Kosmopolitisch orientierte Menschen legen großen Wert auf offene Grenzen, ein Regieren jenseits des Nationalstaats und transnationale Mobilität. Kommunitaristisch orientierte Menschen legen Wert auf den Schutz von Demokratie und sozialer Sicherheit auf nationaler Ebene, sie stehen offenen Grenzen, militärischen Interventionen und einer weiteren Stärkung der supranationalen Elemente der EU skeptisch gegenüber.

Während mit der Linkspartei, den Grünen und der aktuellen Ausrichtung der SPD das kosmopolitisch-linke Spektrum dicht besetzt ist, fehlt in Deutschland eine linke kommunitaristische Partei vollkommen. Alle Wähler, denen eine eher kommunitaristische

Buch „Linkspopulär – Vorwärts handeln, statt rückwärts denken“ erschienen.

➤ Weitere Beiträge

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA



Andreas Nölke

Die linkspopuläre Option

Wenn die deutsche Sozialdemokratie ihren europäischen Schwesterpartei nicht in die Bedeutungslosigkeit fallen will, muss sie sich ändern.



Marcus Roberts

Linke, was hat Dich bloß so ruiniert?

Linke Politik sollte nicht länger die Globalisierung verwalten, sondern wieder zum Anwalt der Arbeiter werden.



Paul Mason

Umverteilung ist möglich

Der Journalist und Autor Paul Mason über die Lehren aus dem Labour-Wahlkampf unter Jeremy Corbyn.



Jörg Schmiewski

Ausrichtung wichtig ist, müssen bisher die AfD wählen, auch wenn sie deren chauvinistische und mitunter rassistische Ausrichtung ablehnen, vom Neoliberalismus der AfD ganz zu schweigen. Hier könnte eine politische Ausrichtung der Sozialdemokratie auf eine links-kommunitaristische Position, die ich als „linkspopulär“ bezeichne, Abhilfe schaffen.

Die Stärkung der Masseneinkommen müsste „die“ Kernforderung einer linkspopulären Sozialdemokratie sein.



Eine linkspopuläre Position vertritt klassische Werte der Sozialdemokratie. Es geht dieser Position um die Verbesserung der Lage der Schwachen in der Gesellschaft und um Solidarität, die transnational aber nur in Grenzen möglich ist. Es geht ihr um ein nicht-exportistisches Wirtschaftsmodell, das eine egalitäre Verteilung mit der Rücksichtnahme auf andere Wirtschaftsräume verknüpft. Es geht ihr um einen Fokus auf demokratische Selbstbestimmung, die auf absehbare Zeit eher auf nationaler Ebene als durch die kosmopolitische Vision einer supranationalen Demokratie realisierbar ist. Und es geht ihr schließlich um Interessenausgleich und Respekt anstelle von Intervention und Machtausweitung als Leitprinzipien der internationalen Politik.

Eine linkspopuläre Position ist keine populistische Position. Sie ist nicht chauvinistisch, ausländerfeindlich oder rassistisch. Sie verfolgt ein pluralistisches Politikverständnis, keine plumpe Gegenüberstellung von „Volk“ gegenüber „Elite“. Sie unterstützt die repräsentative Demokratie und sieht die zunehmende Zuspitzung der Politik auf charismatische Führungspersonalitäten (Kurz, Lindner, Macron) skeptisch. Und sie ist keine bloße Protestplattform, sondern sie bemüht sich um die Entwicklung von konkreten Problemlösungen.

Mitunter wird behauptet, dass eine linkspopuläre Position eine rückwärtsgerichtete Nostalgie sei und kein positives, zukunftsgerichtetes Projekt habe. Auch das ist eine falsche Wahrnehmung. Insbesondere der Umbau der extrem ungleichen und durch ihre Abhängigkeit von permanenten Exporterfolgen auch potentiell sehr instabilen deutschen Ökonomie in eine besser ausbalancierte Wirtschaft mit einer stärkeren Binnennachfrage ist ein wichtiges Zukunftsprojekt. Dieses Umbauprojekt könnte Kern der Wiedergewinnung einer überlegenen wirtschaftspolitischen Kompetenz der Sozialdemokratie sein, ohne die keine Wahl gewonnen wird. Auch eine systematische Abwägung humanitärer Motive gegenüber der Belastungsfähigkeit nationaler Gesellschaften ist angesichts weltweiter Migrationsbewegungen eine wichtige Zukunftsaufgabe. Und die Entwicklung einer weniger interventionistischen und stärker auf Ausgleich bedachten Außenpolitik ist ein attraktives Konzept für die zukünftige multipolare Welt, die nicht mehr vom Westen dominiert wird.

Man sollte allerdings nicht verschweigen, dass das Einschwenken auf eine linkspopuläre Position einen erheblichen Kurswechsel für die derzeit eher zentristisch-kosmopolitisch ausgerichtete SPD erfordern würde. Ein solcher Schwenk würde eine weniger liberale Zuwanderungspolitik erfordern. Auch kühne Pläne für die „Vereinigten Staaten von Europa“ müssten dann erstmal in der Schublade bleiben. Die Stärkung der Masseneinkommen – beispielsweise über Gesetze zur Stärkung der Tarifbindung, eine verbesserte soziale Absicherung und höhere Mindestlöhne – müsste „die“ Kernforderung einer linkspopulären Sozialdemokratie sein. Für den Wiederaufbau des öffentlichen Sektors, insbesondere in der

Neusiegländ

Die neue Labour-Premierministerin Jacinda Ardern bringt Neuseeland wieder auf einen progressiven Kurs.



Henning Meyer

Vorbild Corbyn?

Was die deutsche Sozialdemokratie von Jeremy Corbyns Labour Party lernen kann – und was nicht.

Weitere Beiträge im Archiv



Women hit new high in state legislatures

BY REID WILSON - 02/05/18 02:02 PM EST

1,239 SHARES

SHARE

TWEET

PLU

Just In...

Dow Jones futures fall by 600 points after massive Monday sell-off

FINANCE — 4H 59M AGO

Nunes claims 'clear link' between Dems and Russia during 2016 election

HOUSE — 5H 10M AGO

Freedom Caucus backs GOP plan to tie CR to defense spending

HOUSE — 6H 25M AGO

Trump to establish National Vetting Center for immigrants, visitors

ADMINISTRATION — 6H 48M AGO

Ethics chief defends government against rising perception of corruption

ADMINISTRATION — 7H 15M AGO

GOP eyes changes to Right to Try bill

HEALTHCARE — 7H 52M AGO

Poll: Most Republicans think DOJ, FBI trying to 'delegitimize' Trump

ADMINISTRATION — 8H 4M AGO

Trump lawyers warn him against Mueller interview: report

ADMINISTRATION — 8H 6M AGO

[VIEW ALL](#)



© Getty

The 11 women sworn into Virginia's House of Delegates last month helped boost the number of women in state legislatures past an important, if symbolic, threshold: Women now hold one-quarter of all legislative seats around the country.

And that number may skyrocket after this year's midterms. Thousands of women have filed to run for offices up and down the ballot, spurring hopes among some that 2018 could become a new "Year of the Woman."

There are currently 1,866 female members of state legislatures across the country, according to the National Conference of State Legislatures (NCSL). That is 25.3 percent of the 7,383 seats in 99 state legislative chambers.

It marks the first time in history that women have crossed the one-quarter threshold. As recently as 1991, women held fewer than one in five state legislative seats, according to the Center for American Women and Politics at Rutgers University.

Arizona and Vermont have the highest proportion of women serving in state legislatures. In both states, 40 percent of legislators are women. In five other states — Nevada, Colorado, Washington, Illinois and Maine — more than a third of the state legislators are women.

US House of Representatives said these

Die linkspopuläre Option

Wenn die deutsche Sozialdemokratie ihren europäischen Schwesterparteien nicht in die Bedeutungslosigkeit folgen will, muss sie sich ändern.



Internationale Politik
und Gesellschaft

Von Andreas Nölke | 30.01.2018



AFP, „Eine linkspopuläre Position ist keine populistische Position. Sie ist nicht chauvinistisch, ausländerfeindlich oder rassistisch. Sie verfolgt ein pluralistisches Politikverständnis.“

Der Niedergang von Parteien der linken Mitte bei Parlamentswahlen ist inzwischen ein vielfach besungenes Phänomen. Die SPD hält sich mit dem historisch schlechten Ergebnis von 20,5 Prozent sogar noch gut, wenn man ihre Lage mit den Schwesterparteien in Frankreich, den Niederlanden oder Griechenland vergleicht. Auch in Italien, Spanien, Österreich, Belgien und selbst in Skandinavien sind sozialdemokratische Parteien heute in einer schwierigen Lage.

In ihrem angestammten Kernmilieu der Arbeiter oder zumindest der Gewerkschaftler ist die Sozialdemokratie nicht mehr unangefochten. Noch begrenzter ist ihre Strahlkraft in Bezug auf das sozioökonomisch untere Fünftel der Gesellschaft. Neben den verbleibenden Arbeitslosen sind das vor allem die in Dienstleistungsberufen prekär Beschäftigten. Man mag sich in der Sozialdemokratie mit einem stabilen Zuspruch aus dem Milieu der akademisierten Angestellten und Beamten sowie der Facharbeiter aus den Exportindustrien trösten, aber ihre traditionelle Kernaufgabe, eine Verbindung der unteren und mittleren sozialen Gruppen, liegt damit weitgehend brach.

Eine linkspopuläre Position ist keine populistische Position.

Verblüffend ist dieser Befund allerdings vor allem dann, wenn man ihn mit dem prinzipiell ganz erheblichen Wählerreservoir für sozialdemokratische Politik vergleicht. In Deutschland sind beispielsweise knapp zwanzig Prozent der Bevölkerung von relativer Armut betroffen, weitere 30-40 Prozent fürchten sich in langfristiger Perspektive vor dem sozialen Abstieg. In keinem Bundesland finden mehr als 15 Prozent der Bevölkerung, dass die wirtschaftlichen Gewinne gerecht verteilt sind, in Brandenburg ist es gerade mal ein Prozent, so das „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung im Dezember 2017. Der Anteil der unteren 50 Prozent am Volkseinkommen ist in den letzten drei Jahrzehnten deutlich geschrumpft, die Ungleichheit der Vermögensverteilung hat auch im internationalen Vergleich eine extreme Dimension angenommen und eine klare Mehrheit der Bevölkerung verortet sich politisch eher links als rechts.

Warum liegt der Anteil der beiden linken Parteien in Deutschland angesichts von Armut, Abstiegsangst und Ungleichheit bei nur etwa 30 Prozent der Bundestagsmandate und nicht bei 50 oder 60? Sehr große Teile des linken Wählerpotentials üben sich in Wahlenthaltung, zum Teil schon seit vielen Jahren. Jenes Viertel der deutschen Bevölkerung, das auf die Beteiligung an der Bundestagswahl verzichtet hat – bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen sind es noch viel mehr – rekrutiert sich überproportional aus den sozial schwachen Bevölkerungsgruppen. Zudem wählen viele Angehörige der unteren Mitte – und selbst viele organisierte Arbeitnehmer – mit der AfD inzwischen eine neoliberal-rechte Partei.

Um langfristig wieder eine Mehrheitsperspektive zu gewinnen, muss die Sozialdemokratie diese sozialen Gruppen zurückgewinnen. Sie müsste dafür nicht nur sozioökonomisch eine konsequente Politik für die unteren 50-60 Prozent der Bevölkerung machen, sondern auch jenen Menschen entgegenkommen, die Vorbehalte gegenüber einer ungebremsten Globalisierung hegen. Große Teile der Bevölkerung – insbesondere jene ohne akademischen Abschluss – sorgen sich ja um die langfristige Schwächung des Sozialstaats durch Migration und eine supranational-liberalisierende EU.

Alle Wähler, denen eine eher kommunitaristische Ausrichtung wichtig ist, müssen bisher die AfD wählen.

Politische Positionen, die diesen Sorgen entgegenkommen, werden häufig als „rechts“ wahrgenommen. Das ist allerdings ein Trugschluss. Wir müssen das politische Spektrum zweidimensional wahrnehmen. Dabei wird die links-rechts-Achse von einer zweiten Achse gekreuzt, die man als kosmopolitisch-kommunitaristisch auffassen kann. Kosmopolitisch orientierte Menschen legen großen Wert auf offene Grenzen, ein Regieren jenseits des Nationalstaats und transnationale Mobilität. Kommunitaristisch orientierte Menschen legen Wert auf den Schutz von Demokratie und sozialer Sicherheit auf nationaler Ebene, sie stehen offenen Grenzen, militärischen Interventionen und einer weiteren Stärkung der supranationalen Elemente der EU skeptisch gegenüber.

Während mit der Linkspartei, den Grünen und der aktuellen Ausrichtung der SPD das kosmopolitisch-linke Spektrum dicht besetzt ist, fehlt in Deutschland eine linke kommunitaristische Partei vollkommen. Alle Wähler, denen eine eher kommunitaristische Ausrichtung wichtig ist, müssen bisher die AfD wählen, auch wenn sie deren chauvinistische und mitunter rassistische Ausrichtung ablehnen, vom Neoliberalismus der AfD ganz zu schweigen. Hier könnte eine politische Ausrichtung der Sozialdemokratie auf eine links-kommunitaristische Position, die ich als „linkspopulär“ bezeichne, Abhilfe schaffen.

Die Stärkung der Masseneinkommen müsste „die“ Kernforderung einer linkspopulären Sozialdemokratie sein.

Eine linkspopuläre Position vertritt klassische Werte der Sozialdemokratie. Es geht dieser Position um die Verbesserung der Lage der Schwachen in der Gesellschaft und um Solidarität, die transnational aber nur in Grenzen möglich ist. Es geht ihr um ein nicht-exportistisches Wirtschaftsmodell, das eine egalitärere Verteilung mit der Rücksichtnahme auf andere Wirtschaftsräume verknüpft. Es geht ihr um einen Fokus auf demokratische Selbstbestimmung, die auf absehbare Zeit eher auf nationaler Ebene als durch die kosmopolitische Vision einer supranationalen Demokratie realisierbar ist. Und es geht ihr schließlich um Interessenausgleich und Respekt anstelle von Intervention und Machtausweitung als Leitprinzipien der internationalen Politik.

Eine linkspopuläre Position ist keine populistische Position. Sie ist nicht chauvinistisch, ausländerfeindlich oder rassistisch. Sie verfolgt ein pluralistisches Politikverständnis, keine plumpe

Gegenüberstellung von „Volk“ gegenüber „Elite“. Sie unterstützt die repräsentative Demokratie und sieht die zunehmende Zuspitzung der Politik auf charismatische Führungspersonlichkeiten (Kurz, Lindner, Macron) skeptisch. Und sie ist keine bloße Protestplattform, sondern sie bemüht sich um die Entwicklung von konkreten Problemlösungen.

Mitunter wird behauptet, dass eine linkspopuläre Position eine rückwärtsgerichtete Nostalgie sei und kein positives, zukunftsgerichtetes Projekt habe. Auch das ist eine falsche Wahrnehmung. Insbesondere der Umbau der extrem ungleichen und durch ihre Abhängigkeit von permanenten Exporterfolgen auch potentiell sehr instabilen deutschen Ökonomie in eine besser ausbalancierte Wirtschaft mit einer stärkeren Binnennachfrage ist ein wichtiges Zukunftsprojekt. Dieses Umbauprojekt könnte Kern der Wiedergewinnung einer überlegenen wirtschaftspolitischen Kompetenz der Sozialdemokratie sein, ohne die keine Wahl gewonnen wird. Auch eine systematische Abwägung humanitärer Motive gegenüber der Belastungsfähigkeit nationaler Gesellschaften ist angesichts weltweiter Migrationsbewegungen eine wichtige Zukunftsaufgabe. Und die Entwicklung einer weniger interventionistischen und stärker auf Ausgleich bedachten Außenpolitik ist ein attraktives Konzept für die zukünftige multipolare Welt, die nicht mehr vom Westen dominiert wird.

Man sollte allerdings nicht verschweigen, dass das Einschwenken auf eine linkspopuläre Position einen erheblichen Kurswechsel für die derzeit eher zentristisch-kosmopolitisch ausgerichtete SPD erfordern würde. Ein solcher Schwenk würde eine weniger liberale Zuwanderungspolitik erfordern. Auch kühne Pläne für die „Vereinigten Staaten von Europa“ müssten dann erstmal in der Schublade bleiben. Die Stärkung der Masseneinkommen – beispielsweise über Gesetze zur Stärkung der Tarifbindung, eine verbesserte soziale Absicherung und höhere Mindestlöhne – müsste „die“ Kernforderung einer linkspopulären Sozialdemokratie sein. Für den Wiederaufbau des öffentlichen Sektors, insbesondere in der Altenversorgung, Bildung und Infrastruktur, dürften weder das derzeitige Steuerniveau noch die „schwarze Null“ unantastbar sein. Und schließlich müsste eine solche Sozialdemokratie auch über andere Wege der Rekrutierung ihrer Repräsentanten nachdenken, um nicht zu einer reinen Akademikerpartei zu degenerieren.

Auch wenn der Kurswechsel zu einer linkspopulären Position für die Sozialdemokratie mühsam wäre, sollte die Option nicht verschmäht werden. Das Wählerpotential in der Mitte ist stark umkämpft, dank der nach links gerückten Union, den Grünen und der – zumindest im Bundestagswahlkampf – weichgespülten FDP. Hinzu tritt in Zukunft womöglich noch ein verschärfter Wettbewerb mit der Linkspartei um junge urbane Akademiker. Zudem besteht das Risiko, dass sich in der AfD eine „national-soziale“ Ausrichtung durchsetzt, die sich an Front National und FPÖ orientiert und die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie auf Dauer verhindert.

Europäische Sozialdemokratie: Ende des Parcours oder Neustart?

Wolf Linder, 04. und 10.02.18

Die Ausgangslage

Markt ohne Grenzen und Minimalstaat inspirieren heute als Trumpfkarten des Neoliberalismus das politische Denken. Kommunistische Ideen sind aus dem sozialdemokratischen Denken fast vollständig verschwunden; als Antwort auf das neoliberale und national-konservative Denken hat es keine neuen Ideen entwickelt. Wohl gelang es den Sozialdemokraten, Funktionäre und Gebildete zu gewinnen, dagegen haben sie aber Industriearbeiter und weniger qualifizierte Angestellte verloren. Das Profil der Linken ist verblasst. Der Sozialstaat trägt das Gesicht von Merkel; der Sozialstaat hat einen Höhepunkt erreicht, die Sozialdemokratie ist überflüssig geworden.

Wie konnte es soweit kommen?

1. Wegen der Immigration! Weil europäische SPs gegen deren Begrenzung sind, haben sie gegen die Populisten verloren.

2. Wegen des Populismus selber! Die meisten rechten Parteien frönen dem Populismus. Das bringt ihnen Stimmen. Der Populismus mobilisiert die Verlierer im wirtschaftlichen und sozialen Prozess. Trump, Le Pen, Orban und Kaczynsky bewirtschaften die Verlierer und Enttäuschten, die sich ohnmächtig fühlen.

Der Sieg Trumps hat den dominierenden Eliten bewusst gemacht, dass sie selber vom Rhythmus des gesellschaftlichen Wandels überrollt werden, und sie geben sich darüber nach und nach Rechenschaft.

Alle Probleme haben einen gemeinsamen Nenner: die Hyper-Globalisierung, wobei das „Hyper“ den Exzess angibt. Der freie Verkehr von Kapital, Gütern, Personen und Dienstleistungen hat auch Verlierer, Arbeitslose, prekäre Anstellungsbedingungen und Senkung der Löhne gebracht. Viele fühlen sich bedroht und verloren. Auch die Mittelklasse ist betroffen; ihr Einkommen stagniert, während eine kleine Gruppe abräumt. Das neoliberale Programm in Europa: Steuersenkungen für Industrie und Reiche, Abbau sozialer Leistungen.

Fazit: All dies spricht zu Gunsten der Linken, die für den Schutz der Angestellten und Arbeiter und gegen die Interessen des Kapitals kämpft. Und trotzdem wenden sich die Verlierer der Globalisierung nicht nach links, sondern in Richtung Nationalisten und Konservative! Warum?

Geschichtlich am Internationalismus und an der Bewahrung des Friedens durch supranationale Instanzen orientiert, hat die Sozial-Demokratie die Globalisierung und die Konstruktion Europas unterstützt, und dadurch einen fundamentalen Beurteilungsfehler gemacht!

Tony Blair und Gerhard Schröder haben einen Spagat versucht, und dabei nicht verstanden, dass sich Europa in Richtung Neoliberalismus entwickelt. Der „soziale“ Ehrgeiz der EU hat sich als Täuschung erwiesen. Zudem hat die Linke die Auswirkung der Machtkonzentration in Brüssel unterschätzt. Die nationalen Parlamente haben ihre Kompetenzen, und die Demokratien ihre Substanz verloren. Dazu kommt, dass die Wirtschaft radikal anders geworden ist. Der globalisierte Kapitalismus kann mit Hilfe des Keynesianismus der 70er-Jahre nicht gemeistert werden.

Der Brite Tony Judt hat es auf den Begriff gebracht: Die Dominanz des neoliberalen Denkens hat dazu geführt, dass wir gleichzeitig den Glauben an die Solidarität und das

Bewusstsein der Notwendigkeit öffentlicher Aktionen zum Erringen grundlegender Bedürfnisse verloren haben, die beide nicht in täglichen Aushandlungen löslich sind. Die Sozial-Demokratie hat sich mehr als nötig am Dogma der Markt-Effizienz orientiert. Sie akzeptiert zu oft die Anwendung ökonomisch-finanzieller Kriterien in der öffentlichen Politik.

Linke Politiker sind einer Illusion verfallen wenn sie glauben, dass die Demokratie und die soziale Solidarität keine Grenzen kennen und ausserhalb eines Nationalstaates existieren können. Die Wirklichkeit ist ganz anders. In der vom Gewinnstreben dominierten Gesellschaft gehen die Beziehungen zwischen Recht und Pflicht verloren. Es geht vergessen, dass der Staat nicht nur das Allgemeinwohl vertreten, sondern auch die Freiheiten des Individuums und die Sicherheit der Bürger garantieren muss.

Ein Neubeginn

Die europäische Sozial-Demokratie braucht einen Neustart. Es geht nicht nur um die Wirtschaft, es braucht auch eine Neuverankerung auf lokaler Ebene. Die SPS ist integrierender Teil der Schweizer Politik und spielt eine wichtige Rolle im politischen Kräftespiel. Doch wie die an die SVP verlorenen Wählerinnen und Wähler wieder gewinnen, ohne die Neugewonnen wieder zu verlieren? – Ganz sicher nicht durch einen linken Populismus! **Eine kritischere Haltung im Wirtschaftsbereich erscheint günstiger.** Dies würde eine Zurückweisung einer fatalistischen Auffassung der Hyperglobalisierung und der neoliberalen europäischen Politik bedeuten; es gilt, vermehrt gemäss sozialdemokratischen Werten zu analysieren und zu bewerten.

Die SPS hat ihre Prioritäten in der Ökologie und im Kampf gegen die Verstaatlichung mit einem gewissen Erfolg durchgesetzt. Doch nichts dergleichen in Sachen Migration, wo im Moment eine dritte Kraft fehlt.

In Bezug auf gesellschaftliche Fragen tendiert die sozial-liberale Bewegung in Richtung einer Identitätspolitik zu Gunsten von Minderheiten, was für die Sozialdemokratie eine Sackgasse bedeutet. Das auch, wenn man z. B. dem Zutritt von Frauen zu wichtigen Posten grössere Priorität einräumt als dem Lohnunterschied von leitenden Angestellten und Hausfrauen. Desgleichen, wenn die grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen nicht mit dem Kampf gegen die wirtschaftlichen Ursachen der Süd-Nord-Bewegung verbunden ist. Oder auch wenn die Stipendienpolitik die Tatsache nicht beachtet, dass Junge benachteiligter Schichten fünfmal weniger Chancen haben. Dank der Bearbeitung dieser Problematiken würde die Sozialdemokratie an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Wird es den Sozialdemokraten gelingen, ein Gesellschaftsmodell zu konzipieren und dem Liberalismus und dem Konservatismus glaubhafte Alternativen gegenüberzustellen? *Eher weniger als mehr Globalisierung, eher Überwindung der wirtschaftlichen Entwicklungsungleichheiten als freier Verkehr* und weitere Themen könnten fruchtbar sein.

**Krell Christian/Stöber Niels: From Dusk till Dawn - Der lange Weg der schwedischen Sozialdemokratie von einer Staatspartei zum Kampf um jede Stimme. Und zurück.
In: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 221, 50-55**

„Gelobtes Land“ für Sozialdemokratie:

- Ununterbrochene Regierungsbeteiligung zwischen 1932 und 1976;
- Konstante Wahlergebnisse deutlich über 40 Prozent;
- Verwirklichung eines Gesellschaftsmodells, das dem einer sozialen Demokratie sehr nahekam (hohe gesellschaftliche Gleichheit, hohe individuelle Freiheit).

Grundlage für den Erfolg:

Durchgehende Diskurshegemonie mit den Elementen „starke Gesellschaft“ (starka samhället) und Volksheim (folkhemmet). Damit wurde sozialdemokratische Politik nicht klassenkämpferisch aufgeladen, sondern auf eine integrierende Utopie abgestellt, erweiterungsfähig zu einem nationalen bzw. regionalen Projekt („nordisches Modell“).

„Auf praktisch-politischer Ebene ist die starke Gesellschaft mit einem komplexen institutionellen Arrangement verbunden. Eine solidarische und gleichheitsorientierte Lohnpolitik, gut organisierte Arbeitgeber und starke Gewerkschaften mit hohen Mitgliedszahlen, eine aktive Rolle des Staates bei der öffentlichen Koordinierung der Wirtschaft, gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen – etwa Gesundheit und Bildung – die auch für die Oberschicht attraktiv waren.“ (51)

Auf der Basis einer keynesianischen Wirtschaftspolitik war Vollbeschäftigung und eine solidarische Lohnentwicklung zentral. Gesellschaftspolitisch stand die Verwirklichung sozialer Rechte (Arbeit, Wohnraum, Gleichberechtigung der Geschlechter – u.a. öffentliche Kinderbetreuung, individuelle Besteuerung) im Mittelpunkt.

Ab den 80er-Jahren kam die schwedische Sozialdemokratie unter Druck, schwere Wahlniederlagen 1991, 2006, 2010.

Ausgelöst durch eine wachsende Staatsverschuldung wurde in den 1990er-Jahren eine sozialstaatliche Neuausrichtung eingeleitet: verstärkte Ausrichtung auf Effizienz und Vermarktlichung. Damit verbunden war auch eine Neuausrichtung im politischen Diskurs: „Weniger Staat und mehr private Akteure sollten den schwedischen Wohlfahrtsstaat organisieren“ (52)

Dies bewirkte, dass sich die schwedische Parteienlandschaft verstärkt um eine „neue Mitte“ organisierte. Die konservativ-liberale Sammlungspartei „Die Moderaten“ schwenkte in diesem Kontext diskursiv erfolgreich auf das Politikmodell der Sozialdemokraten um und bildete einen neuen bürgerlichen Block (zusammen mit Liberalen, Zentrums- und Christdemokraten). Die Gewerkschaften wurden geschwächt, die Privatisierung wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen vorangetrieben, das Prinzip der Wahlfreiheit eingeführt (damit Verschiebung vom Gleichheitsprinzip zum Kundenprinzip), damit auch die Machtbalance zwischen den Sozialpartnern verschoben.

Durch die diskursive Annäherung der bürgerlichen Parteien entstand eine politische Nische, welche die rechtspopulistischen Schwedendemokraten erfolgreich besetzten. Die Wahl von 2014 entwickelte sich als Konflikt zwischen Liberalismus und Konservatismus, fokussierend auf die Einwanderungspolitik, und leitet eine Neuausrichtung der politischen Konfliktlinien ein. Schwierig für die Sozialdemokraten ist dabei, dass sie nicht nur im linken Lager gegen die Linkspartei und die Grünen kämpft, sondern auch gegen die Schwedendemokraten um Arbeiterstimmen kämpft. Dies findet u.a. darin seinen Ausdruck, dass die Sozialdemokraten seit 2015 die Einwanderungspolitik verschärfen und einen Fokus auf die innere Sicherheit legen (Neutralisierungsstrategie gegenüber Schwedendemokraten) und gleichzeitig einen Schwerpunkt auf die Soziale Sicherheit legen durch die

Ablehnung unregulierter sozialer Gewinne privater Akteure wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen (Konfliktstrategie gegenüber bürgerlichen Parteien).

Die Ausgangslage vor den Wahlen von 2018 ist aber insofern kompliziert, als weder Mitte-Links noch Mitte-Rechts in Umfragen eine Mehrheit aufweisen. Die Sozialdemokraten müssen also versuchen, Zentrumspartei und Liberale für sich zu gewinnen, allerdings verbunden mit dem Risiko, das linke Wählerspektrum an die Linkspartei zu verlieren, die dadurch im linken Spektrum ein Alleinstellungsmerkmal links der Mitte gewänne.

DOMAINE PUBLIC

Analyses, commentaires et informations sur l'actualité suisse
Indépendant, différent, réformiste depuis 1963

Social-démocratie européenne: fin de parcours ou nouveau départ?

L'analyse d'un politologue averti et l'espérance d'un
vieux socialiste (première partie)

 WOLF LINDER |  4 FÉVRIER 2018 |  DP 2193

Libéralisme, conservatisme, socialisme, telles sont les idées politiques qui ont marqué les démocraties occidentales au cours du 20^e siècle. Leur signification sociale a évolué, tout comme l'influence des partis politiques qui les ont portées.

Le conservatisme, incarné depuis 1945 par les partis démocrates-chrétiens et leur vision du monde, a connu dans plusieurs pays une renaissance sous une forme nationaliste et partiellement populiste. Plus personne ne parle aujourd'hui de l'ordolibéralisme d'inspiration allemande qui confiait un rôle important à l'Etat. Les cartes maîtresses du néolibéralisme – marchés sans frontières et Etat minimal – sont devenues des modèles imprégnant la pensée bien au-delà de la politique.

Et le socialisme? L'effondrement du socialisme d'Etat a marginalisé les idées communistes, là où elles n'ont pas simplement disparu. La social-démocratie, représentante des intérêts des salariés face au capital, a contribué de manière décisive à l'édification des démocraties sociales occidentales. Mais au cours des deux dernières décennies, elle a non seulement subi une érosion de son électorat, mais, plus grave encore, elle n'a pas réussi à développer de nouvelles idées pour contrer les modèles néolibéraux et national-conservateurs.

Les explications du déclin des partis sociaux-démocrates ne manquent pas. S'ils ont réussi à attirer les fonctionnaires et nombre de personnes bien formées, ils ont perdu les salariés de l'industrie, elle-même en recul, ainsi que les ouvriers et les employés peu qualifiés.

Le profil de la gauche pâlit. L'Etat social a acquis progressivement un statut de normalité qu'incarnent aussi bien la chancelière Merkel que son prédécesseur Schröder. On pense que l'Etat social a atteint son apogée, rendant ainsi superflue la social-démocratie.

Comment en est-on arrivé là?

La première réponse, évidente: l'immigration! Dans la plupart des pays européens, la gauche s'est opposée à une limitation de l'immigration. Une attitude décisive pour comprendre l'abandon du PSS par les travailleurs dès les années 1970, l'effondrement du parti socialiste français tout comme les récentes défaites des socialistes allemands et autrichiens. De même, la libre circulation des personnes a constitué le motif décisif du Brexit: en Grande-Bretagne comme ailleurs, les milieux populaires vivent et pensent l'immigration d'une tout autre manière que les partisans de la libre circulation, de droite comme de gauche.

La deuxième réponse n'est guère plus éloignée: le populisme! Voilà la raison de ce nouveau conservatisme qui, aux Etats-Unis comme en Europe, a siphonné l'électorat du camp social-libéral. En effet, la plupart des partis nationalistes-conservateurs donnent dans le populisme et cette rhétorique qui stigmatise les «fausses» élites «immorales». Les populistes aspirent au pouvoir avec la prétention d'être les seuls à représenter la «vraie» volonté populaire. Cette rhétorique trompeuse monterait l'électorat contre les forces politiques raisonnables et contribuerait à l'affaiblissement des forces social-libérales.

Le diagnostic n'est pas entièrement faux. Mais il ignore le fait que le populisme ne se réduit pas à une simple rhétorique. Aux Etats-Unis tout au long du 19^e siècle, on observe un fil rouge qui explique son succès. Le populisme mobilise les perdants de l'évolution économique et sociale. Trump aux Etats-Unis, Le Pen en France, Orban en Hongrie, Kaczynski en Pologne, tous rassemblent les perdants, les déçus, ceux qui se sentent impuissants.

Il a fallu la victoire de Trump pour que les élites dirigeantes comprennent qu'aujourd'hui de larges couches sociales – dans les *rust belts*, ces régions américaines abandonnées par l'industrie, en France dans les banlieues et les provinces en déclin économique, mais également dans les pays d'Europe centrale

– se sentent dépassées par le rythme des transformations de leur société. Et, progressivement, les élites prennent conscience de la réalité: cette perte de confiance observable chez les perdants résulte non seulement de problèmes «ressentis» ou imaginaires, mais aussi de préoccupations bel et bien réelles.

Ces problèmes, aussi différents soient-ils d'un individu à l'autre, ont un dénominateur commun: la globalisation que l'économiste américain Dani Rodrik appelle «l'*hyperglobalisation*», le préfixe indiquant ses excès. La libre circulation des capitaux, des biens et des services ainsi que des personnes a certes amélioré le niveau de vie de beaucoup de gens. Mais, dans tous les pays concernés, elle a fait des perdants dans différentes catégories sociales. La délocalisation des emplois dans les pays à bas salaires a provoqué un taux de chômage que de nombreux pays européens n'avaient plus connu depuis la crise des années 1930. Pour les travailleurs les moins qualifiés, la globalisation représente une menace plutôt qu'une chance. Leurs emplois sont menacés et leurs salaires diminuent.

Ils supportent les inconvénients de l'immigration et se sentent dégradés. Les classes moyennes ne sont pas épargnées: leurs revenus stagnent alors qu'un petit nombre accapare la richesse. Réduction d'impôts pour les entreprises et les mieux lotis, coupes dans les prestations sociales: ainsi se résume le programme néolibéral en vigueur en Europe, du Portugal à la Pologne.

Voilà qui devrait favoriser la gauche classique qui milite pour la protection des salariés contre les intérêts du capital. Pourtant les perdants de la globalisation ne se tournent pas vers la gauche, mais vers les droites et les nationalistes-conservateurs. Pourquoi?

(A suivre)

Traduction DP d'après l'original allemand. Une version de cet article est parue dans la *Weltwoche* (<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2018-3/artikel/europas-sozialdemokratie-ende-oder-wende-die-weltwoche-ausgabe-3-2018.html>) du 22.01.2018.

J'aime 4

DOMAINE PUBLIC

Analyses, commentaires et informations sur l'actualité suisse
Indépendant et différent depuis 1963

En continu, avec liens et réactions sur <https://www.domainepublic.ch>

Newsletter gratuite chaque lundi: les articles, le magazine PDF et l'eBook
En continu, avec liens et réactions sur <https://www.domainepublic.ch>

Lien vers l'article: <https://www.domainepublic.ch/articles/32727>

DOMAINE PUBLIC

Analyses, commentaires et informations sur l'actualité suisse
Indépendant, différent, réformiste depuis 1963

Social-démocratie européenne: fin de parcours ou nouveau départ? (2/2)

L'analyse d'un politologue averti et l'espérance d'un
vieux socialiste. L'article précédent a été publié le
04.02.2018

(<https://www.domainepublic.ch/articles/32727>)

 WOLF LINDER |  10 FÉVRIER 2018 |  DP 2193

La social-démocratie a commis une erreur d'appréciation fondamentale.
Historiquement attachée à l'internationalisme et à la sauvegarde de la paix par le
biais d'instances supra-étatiques, elle a soutenu la globalisation et la construction
européenne.

Tony Blair en Grande-Bretagne et Gerhard Schröder en Allemagne n'ont certes
pas abandonné les laissés pour compte de la globalisation, mais ils ont tenté un
grand écart entre les exigences du commerce mondial et les aspirations sociales.
Du coup, ils n'ont pas compris que l'ambition européenne se réduisait
progressivement à un projet économique néolibéral, avec des attitudes
néocoloniales à l'égard de l'Europe de l'Est et du Sud. L'ambition dite «*sociale*» de
l'Union européenne s'avère une tromperie. L'émigration à sens unique, issue de
pays économiquement faibles tels que la Roumanie ou la Bulgarie, ou en
provenance d'Afrique, ne corrige pas l'inégalité des niveaux de développement;
elle n'améliore pas davantage le sort des pauvres qui restent sur place.

La gauche a également sous-estimé les effets de la centralisation des pouvoirs à Bruxelles: les parlements nationaux ont perdu de leurs compétences et les démocraties de leur substance. Or l'Europe est riche de sa diversité politique et culturelle, incompatible avec un projet du style Etats-Unis d'Europe. De Gaulle l'avait bien compris, qui préconisait une «*Europe des patries*».

Un profil plus marqué à gauche – plus près de Jeremy Corbyn que de Tony Blair pour le parti travailliste par exemple – ne suffit pas à faire face à cette situation. Car l'économie a profondément changé. Le capitalisme globalisé ne peut être jugulé en recourant aux recettes de la politique keynésienne appliquées dans les années 1970.

Les sociaux-démocrates auraient désappris le langage de leur électorat, prétendent-ils. Mais il s'agit de beaucoup plus que de vocabulaire. L'historien britannique Tony Judt l'a bien montré: la pénétration de la pensée néolibérale dans la société nous a fait perdre à la fois le sens de la solidarité et la conscience de la nécessité de l'action publique pour satisfaire les besoins fondamentaux, qui ne sont pas solubles dans la marchandisation à tout va. La social-démocratie s'est ralliée plus que de nécessité au dogme de l'efficacité du marché pour résoudre tous les problèmes. Elle accepte trop souvent l'application de critères exclusivement économico-financiers aux politiques publiques.

Les politiciens de gauche s'illusionnent en croyant que la démocratie et la solidarité sociale ne connaissent pas de frontières et peuvent exister en dehors d'un Etat national. C'est en réalité tout le contraire. Dans la société guidée par le marché dominant l'égoïsme des individus et leur aveuglement structurel. Ils en viennent à oublier la nécessité de rendre durable la production et la consommation, tout comme le lien entre droits et devoirs. Tout comme ils perdent la conscience du fait que l'Etat n'a pas seulement à préserver les conditions-cadres faites à l'économie, mais aussi – et d'abord – les intérêts généraux et à long terme de la société. Qu'il n'a pas seulement à garantir le plus possible de libertés, mais aussi à défendre des frontières assurant une sécurité aux citoyennes et aux citoyens, bref une patrie.

Un nouveau départ

La social-démocratie européenne doit prendre un nouveau départ qui n'exige donc pas seulement de se confronter à la politique économique liée à la globalisation. Elle doit également affronter la perte des liens sociaux et de l'intégration à l'échelle locale qu'induit une société dominée par le marché.

Que cela signifie-t-il pour la social-démocratie helvétique? Certes, elle partage largement les parcours et détours de ses partis frères européens, tels que décrits ci-dessus. Mais elle travaille dans d'autres conditions. Minoritaire dans un pays majoritairement bourgeois, la gauche helvétique n'a jamais pu imposer son agenda ni exercer une influence significative sur les grandes options de la politique nationale, comme l'ont fait hier les radicaux et aujourd'hui l'UDC. Il en va de même pour le dossier européen. La justice sociale a constitué des décennies durant la priorité du PSS. Mais ce parti a également su contester la majorité bourgeoise, voire la mettre en échec, par exemple dans les domaines des transports, de l'énergie, de la défense nationale ou des banques. Le PSS a toujours été partie inhérente au système, jouant un rôle indispensable au bon fonctionnement de la Suisse et de sa démocratie. Mais la concordance engendre une majorité inamovible qui succombe à la tentation de l'exercice du pouvoir pour lui-même, typique de ceux qui croient tout savoir et ne plus rien avoir à apprendre.

Le PSS peut-il reconquérir l'électorat qu'il entend représenter – les ménages à bas revenus et les personnes peu formées – perdu au profit de l'UDC, tout en gardant ses nouveaux électeurs aisés? En tous cas pas en suivant une ligne populiste de gauche. Par contre un positionnement plus critique en matière de politique économique pourrait s'avérer plus favorable. Pour cela, il faudrait refuser la soi-disant fatalité de l'hyperglobalisation et contester la politique néolibérale de l'Union européenne, en cherchant à les faire évoluer dans un sens plus conforme aux valeurs de la social-démocratie.

Le PSS se trouve à mi-chemin. Il a mis en œuvre ses priorités avec un certain succès en matière écologique et dans la lutte contre la privatisation des entreprises publiques. Mais rien de tel dans la politique migratoire où une troisième force fait actuellement défaut.

S'agissant des problèmes de société, le courant social-libéral européen penche vers une politique identitaire en faveur des minorités, voire de groupes marginaux. Cela constitue un cul-de-sac pour la social-démocratie: ainsi lorsque dans la politique des genres on donne plus d'importance à l'accession des femmes aux postes de responsabilité qu'aux écarts de salaire entre dirigeants et femmes de ménage. De même lorsque l'accueil généreux des réfugiés n'est pas lié à la lutte contre les causes économiques de la migration du Sud vers le Nord. Ou lorsque la politique des bourses d'études occulte le fait que les jeunes des milieux défavorisés ont cinq fois moins de chances d'obtenir un diplôme de maturité. Voilà des champs d'action en friche, ignorés par les forces politiques. En les travaillant, la social-démocratie regagnerait beaucoup de sa crédibilité politique.

Les sociaux-démocrates parviendront-ils à réinventer un modèle de société? A proposer des alternatives crédibles au libéralisme et au conservatisme en suggérant «*Moins plutôt que plus de globalisation*», «*Dépassement des inégalités de développement économique plutôt que libre circulation*» et autres projets semblables?

Il s'agit de prendre un nouveau départ plutôt que de subir une fin de parcours. Tel est mon vœu personnel de socialiste convaincu et mon espoir de citoyen aspirant à une autre Suisse.

Traduction DP d'après l'original allemand. Une version de cet article est parue dans la Weltwoche (<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2018-3/artikel/europas-sozialdemokratie-ende-oder-wende-die-weltwoche-ausgabe-3-2018.html>) du 22.01.2018.

J'aime 1

DOMAINE PUBLIC

Analyses, commentaires et informations sur l'actualité suisse

Indépendant et différent depuis 1963

En continu, avec liens et réactions sur <https://www.domainepublic.ch>

Newsletter gratuite chaque lundi: les articles, le magazine PDF et l'eBook

En continu, avec liens et réactions sur <https://www.domainepublic.ch>

Lien vers l'article: <https://www.domainepublic.ch/articles/32741>

Dänemarks Sozialdemokraten überholen rechts

Die grossen Parteien Dänemarks wetteifern mit Vorschlägen, die Ausländerpolitik zu verschärfen. Ganz vorne mit dabei sind die Sozialdemokraten, die sich vom Bild einer solidarischen Partei immer weiter entfernen.

Rudolf Hermann, Stockholm
12.2.2018, 06:00 Uhr

In Dänemark erregt zurzeit ein Vorschlag zum Umgang mit Flüchtlingen Aufsehen, der direkt der restriktiven australischen Asylpolitik entlehnt scheint: Weder an den Grenzen noch in inländischen Auffangzentren solle es möglich sein, einen Asylantrag zu stellen. Vielmehr sollten Flüchtlinge in von Dänemark geführte Lager verbracht werden, die sich ausserhalb des Landes befänden, etwa in Nordafrika. Nur dort würden Gesuche dann behandelt.

«Unrealistisches Szenario»

Bemerkenswert ist an dem Vorschlag nicht nur der Inhalt, sondern mehr noch die politische Ecke, aus der er kommt. Dahinter steckt nämlich nicht etwa die fremdenfeindliche Dänische Volkspartei, sondern die grösste Formation der Linken – die Sozialdemokraten.

Von der Volkspartei kam umgehend ein dickes Lob an die Adresse der Genossen. Die übrigen politischen Subjekte reagierten hingegen skeptisch oder offen ablehnend. Ein Vertreter der regierenden liberalkonservativen Venstre sagte, in vielen nordafrikanischen Ländern sei die Lage viel zu instabil, als dass man ein solches Konzept umsetzen könnte. Und Länder, in welchen die nötige Stabilität bestehe, würden auf eine solche Kooperation wohl nie einsteigen wollen.

Kleinparteien der Linksopposition beschuldigten die Sozialdemokraten, das Problem der Migration einfach auf Nordafrika abschieben zu wollen. Damit offenbare man einen bedenklichen Mangel an Solidarität. Johanne Schmidt-Nielsen, die Chefin der rot-grünen Allianz, bezweifelte auch, dass Dänemark ein solches Vorgehen innerhalb seiner internationalen Verpflichtungen realisieren könnte. Von einigen Kritikern wurde immerhin der Teil des Vorschlags begrüsst, in welchem von mehr Geld zur Bekämpfung des Migrationsproblems in den Ursprungsregionen die Rede ist.

KOLUMNE

Dänemarks Asylpolitik – Grund zum Feiern?

Rudolf Herdmann, Stockholm / 13.3.2018, 09:30



Mehr Chancen auf eine Realisierung dürfte ein anderer Vorschlag haben, der in Dänemark unlängst geäußert worden ist. Justizminister Sören Pape Poulsen brachte das Thema eines Verbots von Ganzkörperverschleierung aufs Tapet; ein konkreter Gesetzesvorschlag soll im Frühling ins Parlament kommen. Es sei ein Zeichen mangelnden Respekts gegenüber der Gemeinschaft, im öffentlichen Raum das Gesicht nicht zu zeigen. Mit dänischen Werten sei dies nicht vereinbar, sagte der Minister.

Offiziell handelt es sich nicht um ein nur gegen das Tragen von religiös motivierter Vollverschleierung wie Burka und Nikab gerichtetes Gesetz, denn auch Gesichtsmasken sollen verboten werden. Gegenüber einer früheren Version der Vorlage wurden jedoch Anpassungen für Winterkleidung, Sportausrüstungen und festliche Masken vorgenommen.

Obwohl der Gesetzesvorschlag in Teilen des Regierungslagers zunächst umstritten war, etwa weil Liberale darin einen übermäßigen Eingriff in die persönliche Freiheit erblickten, hat er inzwischen auf breiter Basis Unterstützung gefunden. Mitgetragen wird er sowohl von der Dänischen Volkspartei, die nicht offiziell Teil der Regierungskoalition ist, aber diese oft still unterstützt (und dafür ihren Preis verlangt), als auch von den oppositionellen Sozialdemokraten.

Weniger Familiennachzug

Die dritte parlamentarische Baustelle im Bereich Immigration betrifft die Regeln für den Familiennachzug, wo ebenfalls eine Verschärfung ansteht. Hier hat Dänemark das Problem, zwei gegenläufige Interessen unter einen Hut zu bringen. Auf der einen Seite will man für Migranten den Familiennachzug erschweren und die Integrationsanforderungen erhöhen. Familiennachzug in «unterprivilegierte Wohngegenden» soll allgemein sehr schwer werden; auf diese Weise will die Regierung der Ghettoisierung entgegenwirken. Die rot-grüne Abgeordnete Schmidt-Nielsen meinte aber, genau der gegenteilige Effekt sei zu erwarten, weil dann nämlich Bessergestellte aus solchen Wohngebieten wegzögen, um möglicher Diskriminierung beim Familiennachzug zu entgehen.

Auf der anderen Seite möchte die Regierung vermeiden, dass bei Familien mit einem dänischen Partner oder bei hochqualifizierten Fachkräften, die von der Wirtschaft nachgefragt werden, die neuen Regeln abschreckend wirken oder ausgewanderten Dänen die Rückkehr ins Heimatland erschweren. Hier gehe es um Zuwanderer, die einen Beitrag zum Gemeinwesen leisteten. Ihnen habe man bisher Steine in den Weg gelegt.

Auch bei der Verschärfung der Regeln für die Familienzusammenführung, deren explizites Ziel darin besteht, die Zahl von Nachzügen zu verringern, sind die Sozialdemokraten mit an Bord. Es ist auffallend, wie oft sie ähnliche Positionen wie die Volkspartei vertreten. Auf der obersten Führungsebene scheinen sich die Sozialdemokratin Mette Frederiksen und der Rechtsnationale Kristian Thulesen Dahl sogar so gut zu verstehen, dass von Beobachtern auch schon über die Möglichkeit einer Koalition spekuliert wurde – so absurd dies mit Blick auf die Profile der beiden Parteien wäre.

Norwegen will «Asyl-Shopping» bekämpfen

Oslo begründet seine Verschärfung der Asylpolitik damit, dass Flüchtlinge gezielt die Länder mit den besten Bedingungen anpeilten. In Dänemark erregt derweil ein «Schlepper-Prozess» Aufsehen.

Rudolf Hermann / Stockholm / 14.3.2016, 07:00



Dänemark bestraft Fluchthelfer

Viele Dänen konnten im vergangenen Herbst den Anblick erschöpfter Flüchtlinge am Strassenrand nicht ertragen. Sie boten ihnen an, sie ein wenig in ihrem Auto mitzunehmen. Das wurde ihnen zum Verhängnis.

Nina Boiz / 9.8.4.2016, 08:15



Newsletter International

Bleiben Sie mit unserem Newsletter auf dem Laufenden. Die internationalen News mit Analysen und Reportagen von NZZ-Korrespondenten aus aller Welt erhalten Sie Montag bis Freitag um 17 Uhr in Ihr Postfach. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.

Eine Bewegung über die Wahlen hinaus



Potere al Popolo. **Am 4. März wird in Italien ein neues Parlament gewählt. Die Aussichten sind düster: In den letzten Jahren hat Italien einen Rechtsrutsch aller institutionellen Parteien und einen massiven Angriff auf die Rechte der ArbeiterInnen erlebt. Potere al Popolo will darauf eine Antwort von unten sein. Die Wurzeln der Bewegung liegen in den sozialen Kämpfen.**

Potere al Popolo, so heisst eine im November 2017 ins Leben gerufene politische Bewegung, die an den kommenden Wahlen in Italien antreten wird. Potere al Popolo – sinngemäss am ehesten mit «alle Macht den ArbeiterInnen» zu übersetzen – ist nach einem Aufruf der AktivistInnen des Centro sociale «Ex-Opg Je so' Pazzo» in Neapel entstanden. Das Ex-Opg ist ein 2008 verlassenes psychiatrisches Gefängnis, welches im März 2015 besetzt wurde, um darin soziale Aktivitäten für und mit den QuartierbewohnerInnen zu entwickeln.

«An den kommenden Wahlen wird es keine politische Kraft geben, welche unsere Bedürfnisse und diejenigen der grossen Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes aufnimmt und sie zu beantworten weiss. Wenn uns niemand vertritt und wir aber die Mehrheit dieses Landes darstellen, warum versuchen wir nicht, uns selber zu vertreten? Warum wagen wir diesen Schritt nicht?», heisst es im Video-Aufruf. Diesem Aufruf sind neben kleineren linksradikalen Parteien in erster Linie linke Vereine, Basisgewerkschaften, Basisinitiativen und Personen gefolgt, die prekär leben und arbeiten. Menschen, welche die tägliche Gewalt der aktuellen politischen und ökonomischen Krise am eigenen Körper erfahren. Innerhalb von acht Wochen wurden zwei Versammlungen mit jeweils mehr als 1000 AktivistInnen aus ganz Italien und über 150 regionale Versammlungen zur Konstituierung von Potere al Popolo organisiert. Dies alleine ist ein wichtiger Erfolg dieser neuen politischen Bewegung, die in den sozialen Kämpfen ihre Wurzeln hat.

Eine destrukturierte Linke

In den Folgejahren der «Niederlage» der globalisierungskritischen Bewegung Anfang der 2000er Jahren wurde die italienische Linke auf der institutionellen Ebene stark destrukturiert. Nach und nach verlor sie auf nationaler Ebene institutionellen Einfluss und schied 2008 ganz aus dem Parlament aus. Aber auch die sozialen Bewegungen verloren immer mehr an Kraft, sodass in den letzten fünf Jahren kaum eine Mobilisierung von unten organisiert wurde, welche eine vereinigende Antwort auf die Fragmentierung der sozialen Kämpfe hätte sein können. Grob kann das Bild der italienischen Linken so skizziert werden: Auf der lokalen Ebene besteht eine Vielzahl von sozialen Basisinitiativen, die von den Centri sociali und lokalen Vereinen organisiert und angeboten werden. Alternative Krippenplätze und Sportangebote, juristische Unterstützung

von MigrantInnen und ArbeiterInnen, Gassenküchen als Antwort auf die sich immer weiter verbreitende Armut und vieles mehr: Die radikale Linke hat sich auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Ausgebeuteten und Unterdrückten konzentriert – Bedürfnisse, welche kaum noch von den öffentlichen Institutionen oder von den traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung (Gewerkschaften, Volkshäuser etc.) beantwortet werden. Auf der einen Seite ist das eine positive Entwicklung, da dadurch die radikale Linke vermehrt mit den sozialen und politischen Subjekten der gesellschaftlichen Veränderung in Verbindung steht. So werden die sozialen Bedürfnisse «politisiert». Doch diese Politisierung bleibt auf der lokalen Ebene stehen und findet keinen Ausdruck auf der nationalen Ebene. Das sind der Widerspruch und die grosse Herausforderung, mit der sich heute die radikale Linke konfrontieren muss.

Zum politischen Subjekt

Potere al Popolo ist eine Antwort auf diesen Widerspruch. Daher geht es Potere al Popolo nicht darum, nach den Wahlen vom 4. März die Zusammenarbeit zwischen denjenigen politischen und sozialen Kräften, die sich im Programm wiedererkennen, abubrechen und erneut in die lokalen Aktivitäten zurückzukehren. Potere al Popolo ist viel mehr als nur eine Wahlliste und ein Programm, sie ist ein Instrument und eine politische Herangehensweise, um die radikale Linke wieder im sozialen Terrain der Ausgebeuteten und Unterdrückten aufzubauen. Die Wahlen stellen einen von vielen Momenten dar, um die nötige Verbindung zwischen den politischen AktivistInnen und der Klasse zu knüpfen und zu festigen.

Die letzten Wochen des Wahlkampfes werden stark beeinflusst sein von den Ereignissen in Macerata, wo ein Rechtsextremist auf eine Gruppe von Menschen aus Afrika schoss und dabei sechs Personen verletzte. Beim Täter handelt es sich um einen 28-jährigen, der noch vor einem Jahr für die rassistische «Lega» von Matteo Salvini kandidierte. In den politischen TV-Talkshows wird nun fast ausschliesslich über die Legitimität dieser Tat gestritten. Es scheint ein Konsens zu sein, dass es völlig normal ist, wenn ein weisser Mann auf eine Gruppe von schwarzen Menschen schiesst. Die Aufgabe von Potere al Popolo wird also sein, während dieses Wahlkampfes die Werte des Antirassismus und des Antifaschismus zu verteidigen – dies jedoch nicht nur mit Worten, sondern mit den alltäglichen sozialen Aktivitäten an der Basis.

Maurizio Coppola

PSOE vom Triumph zum Desaster und wieder zurück

Die PSOE wird verbunden mit einem modernen Spanien welches einen erfolgreichen Übergang zur Demokratie gelang. Die Regierungen (Mehrheit) ab 1982 unter der Führung von Felipe González werden mit wirtschaftlichen Modernisierung, einer aufstrebenden Mittelschicht sowie dem Eintritt in die Europäische Union und das transatlantische Bündnis assoziiert.

Die spätere Amtszeit von José Luis Zapatero, der das Land in Zeiten des Aufschwungs und einer von der Finanz- und Immobilienindustrie befeuerten Blase führt, wird vor allem mit einer historischen Ausweitung bürgerlicher Freiheiten in Verbindung gebracht.

Mit dem ersten Rettungspaket für Griechenland leitete Zapatero die erste Runde der Sparpolitik und einer hochumstrittenen Arbeitsmarktreform ein. Worauf die Konservative PP die Mehrheit übernahm und den Sparkurs und die verstärkte und eine noch stärkere Arbeitsmarktreform durchführte.

In der Opposition konnte sich die PSOE nicht merklich verändern, was zur Entstehung von Podemos im 2014 führte. Die PSOE wollte nie mit der Podemos zusammenarbeiten, sondern bekämpften sich gegenseitig um mögliche Mitglieder und Stärke. Spanien besteht aus 2 Lager, welche sich in 4 Parteien aufteilen. Auf der Linken die Podemos (für Junge), ASOE (für Alte), auf der Rechten die Ciudadanos (für Junge), PP (für Alte). Die PSOE muss den Blickwinkel öffnen, damit ihr nicht der natürliche Lauf der Dinge ihre Wählerschaft weiter erodieren wird.

Angesichts eines diskreditierten neoliberalen Zentrums muss sich die Partei durch einen sozialistischen Linkskurs retten.

Die PSOP und die Linke unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen in Spanien

Die politische Situation in Spanien ab Oktober 2016.

- Rücktritt des halben Parteivorstands
- Pedro Sanchez verlor seinen Posten als Generalsekretär der PSOE

Am 21. Mai 2017 wurden endlich Vorwahlen abgehalten, dies erst nach neun Monaten, da die Reaktionen der Parteimitglieder und potenziellen Wähler negativ waren auf die Vorkommnisse vom Oktober.

Die PP startete eine Kampagne um Druck auf die öffentliche Meinung auszuüben und den ganzen Druck auf die PSOE abzuladen. Das führte zu einem Aufstand innerhalb der PSOE.

Eine der ersten Amtshandlungen der temporären geschäftsführenden Kommission bestand darin, sich im Parlament zu enthalten, um es Mariano Rajoy (PP) zu ermöglichen, Ministerpräsident zu werden. Das führte zur Spaltung der Sozialisten und zu Pedro Sanchez' Rücktritt von seinem Abgeordnetenmandat.

Die PSOE verlor im Hinblick darauf den Rückhalt in der Bevölkerung. Zurück blieb eine gesplante Fraktion, eine zerbrochene Partei, ein zurückgetretener Generalsekretär, ein enormer Verlust gesellschaftlichen Rückhalts, ein grausamer interner Abnutzungskampf und eine politische Rechte, die sich wieder einmal bequem an der Macht einrichten konnte.

Die Kandidaten:

Susana Diaz stand für die Kontinuität eines spanischen Sozialismus, nahe der Mitte mit grossem Rückhalt der Medien und Wirtschaft.

Pedro Sanchez forderte die Wiederaufnahme eines transformativen sozialdemokratischen Programms und trat für ein offeneres, partizipativeres Parteimodell ein.

Pedro Sanchez wurde in der internen Vorwahl entgegen der Prognosen mit 50,21 Prozent der Stimmen gewählt.

Der Prozess zeigte die Konfrontation zweier grundsätzlich verschiedener Modelle, deren Ausgang wohlmöglich über die Zukunft der PSOE entschied.

Der 39. Parteitag der PSOE, bei dem ein neuer Parteivorstand gewählt und das neue Parteiprogramm beschlossen wurde, verlief in ausgesprochen guter Stimmung und die Reihen um Pedro Sanchez haben sich geschlossen.

Die PSOE hat ein klares, der Linken zugewandtes Projekt definiert: Es ist sozialdemokratisch, europafreundlich, föderalistisch, ökologisch, feministisch und bietet der neoliberalen Politik die Stirn.

Ein Projekt, das - ohne dabei die starke Verankerung im gesamten Land aufzugeben - den Fokus wieder auf die urbane Mittelschicht der großen Städte richtet.

Die spanische Gesellschaft orientiert sich in der Mehrheit mitte-links (4). 1-10 (Links/Rechts)

Was ist Podemos, warum ist die Partei entstanden und warum ist sie derart schnell gewachsen? Wofür steht Podemos?

Podemos wurde in einer Zeit der großen gesellschaftlichen Umwälzungen geboren, inmitten der Wirtschaftskrise, die mit steigenden Arbeitslosenraten, Kürzungen im sozialen Bereich und einer Reihe von Korruptionsaffären in den traditionellen Parteien (hauptsächlich in der PP) einherging.

Sie startete eine aggressive Kampagne in den sozialen Netzwerken - welcher die traditionellen Parteien mit Verachtung begegneten - und zog Nutzen aus jedem einzelnen Auftritt ihrer VertreterInnen in den politischen Talkshows des Landes.

Der Verlust von vier Millionen Wählerstimmen bei der PSOE, war die Podemos die beste Alternative.

Eine Partei mit populistischem Einschlag welche sich weder links noch rechts definiert.

Wähler zum Grossteil aus den Städten und der jüngeren Generation.

Bis zum heutigen Tag verfügt Podemos über eine solide Basis und erreicht bei Umfragen um die 15 Prozent. Die Partei scheint jedoch weit davon entfernt, die PSOE als größte Alternative zur PP abzulösen. Nach den letzten Entwicklungen hat Podemos wieder den Platz am linken Rand eingenommen.

Einer der Gründe dafür, warum Podemos an Schwung verlor, ist ein erbitterter - strategischer und persönlicher - Machtkampf zwischen ihren bekanntesten Führungspersonen.

Die Zusammenarbeit und Kooperation von PSOE und Podemos wird intensiver. Eine realpolitischere Positionierung von Podemos und ein Linksschwenk der PSOE haben es möglich gemacht.

Ein Hauptstreitpunkt zwischen den beiden Parteien bleibt der Umgang mit der separatistischen Krise in Katalonien.

Podemos steht für das Recht auf Selbstbestimmung auf alle Regionen.

Die PSOE steht hingegen für einen Weg des Dialogs, der in einer föderativen Reform des Staates und einer Anerkennung der nationalen Realität Kataloniens in der spanischen Verfassung münden soll.

Als gemeinsame Linke – eine reale Alternative zu einer korrupten Rechten in Spanien.

Natürlich stimmt es, dass die Linke materialistischer werden muss (Heisterhagen/Jörke im „Freitag“). Das Kapital muss wieder reguliert, die Billiglohnpolitik beendet und die Gewerkschaften müssen gestärkt werden. Und natürlich sollte es einen dritten Weg geben zwischen kosmopolitischem Liberalismus und rechtspopulistischem Nationalismus (Nachtwey in der „Zeit“). Doch reicht das? Ist nicht das Problem vielmehr, dass die Identitäts- und die Verteilungsfragen mit einer anderen Krise aufs Engste verknüpft sind, nämlich der ökologischen Krise? Diese droht wieder im Zeichen anempfohlener neuer Verteilungspolitiken unter den Teppich gekehrt zu werden. Eine Vision für die kommenden Jahrzehnte kann man politisch jedoch nur gewinnen, wenn man radikaler den Produktivismus und immer noch vorhandenen Industrialismus der Sozialdemokratie und der Linken überhaupt überwindet – ohne dabei auf krude Konzepte einer sogenannten Green Economy des linksliberalen Milieus der Realo-Grünen zu setzen.

Es geht nicht um die Frage Identitätspolitik oder Verteilungsfrage, es geht um eine sozialökologische Transformation und damit um die Frage, wie wir mit den (menschlichen und nichtmenschlichen) Anderen zusammenleben können. Mit anderen Worten: Wie kann man ein gutes Leben für alle anvisieren, ohne bestimmte Gruppen – seien dies nun abgehängte Arbeiter des globalen Nordens oder die Näherinnen in Bangladesch, seien es Geflüchtete, seien es Bienen oder Eisbären – aususchließen oder sich gar ein gutes Leben auf ihre Kosten zu machen.

Alle Fortschrittserzählungen – Erzählungen von Sozialismus, Aufklärung, ei-



Wo bitte geht's nach Links?

Der Soziologe Frank Adloff sieht die Zukunft moderner linker Politik in der Konvivialität. Es geht darum, sagt er, wie wir zusammenleben wollen. Identitäts- und Verteilungsfragen müssten mit ökologischen Fragen verknüpft werden. Eine Erwiderung auf die Debattenbeiträge in Kontext-Ausgabe 357.

Vermögens- und Erbschaftsteuern anheben, einen Schuldenerlass für Griechenland und andere Staaten vornehmen.

Die größte Herausforderung für eine linke Vision einer Postwachstumsgesellschaft besteht darin, wie sich die Abkehr vom Wirtschaftswachstum mit der Notwendigkeit, das materielle Niveau der unterprivilegierten Schichten anzuheben, verbinden lässt. Wenn der Kuchen nicht mehr wächst, sondern gar schrumpft, muss den Privilegierten viel radikaler etwas genommen werden. Dies geht nur, wenn wir uns von der Macht der Ökonomie befreien. Nicht nur die Ökonomie zu verstaatlichen, sondern sie gleichsam zu verlassen, dies wäre ein linkes Projekt.

Konkret bedeutet dies, die Abhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger von Unternehmen und Märkten abzumildern.

Ohne das Wachstumsdogma wäre besseres Zusammenleben möglich.
Foto: Joachim E. Röttgers

Menschen einen Kampf gegen Maßlosigkeit einerseits und Ungleichheit andererseits führen, konkret: gegen Armut und extremen Reichtum. Ein bedingungsloses existenzsicherndes Grundeinkommen sowie die maximale Begrenzung von Einkommen wären eine Möglichkeit dafür.

Die Ausbeutung der Natur muss aufhören

Auf der anderen Seite müssten die explodierenden Einkommensentwicklungen am oberen Rand eingedämmt werden. So könnten zum Beispiel öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, dessen Vorstand in Relation ein etwa 25-faches des Einkommens einer einfachen Angestellten des Unternehmens verdient (statt aktuell das Hundertfache und mehr). Moralisch würde sich darin ausdrücken, dass sich niemand für seine Existenz zu schämen braucht, dass aber die Hybris, sich über andere zu stellen, alles für machbar zu halten und sich dem Gemeinwohl zu entziehen, inakzeptabel ist. Die Perspektive der Konvivialität zielt nicht darauf ab, den Gürtel enger zu schnallen, sondern auf Fülle, die aus der Begrenzung entsteht: auf die Fülle, die entstehen könnte, wenn die Stadt nicht Entfaltungsraum für Kapital und Autos, sondern Lebensraum für Menschen wäre. Wenn das Leben nicht primär aus Lohnarbeit bestünde, sondern viele Arten des Tätigseins gleichberechtigt nebeneinander stehen könnten.

Doch nicht nur zwischen Menschen und Kulturen müsste eine neue Politik der Konvivialität Einzug halten, auch im Verhältnis der Menschen zur Natur. Die Erderwärmung, der drastische Rückgang

Wo bitte geht's nach Links?

Der Soziologe Frank Adloff sieht die Zukunft moderner linker Politik in der Konvivialität. Es geht darum, sagt er, wie wir zusammenleben wollen. Identitäts- und Verteilungsfragen müssten mit ökologischen Fragen verknüpft werden. Eine Erwiderung auf die Debattenbeiträge in Kontext-Ausgabe 357.

Von Gastautor Frank Adloff

Wenn die Diagnose zutrifft, dass im nahen Norden ein Wachstum des BIP in umfänglicher, wird der Kuchen nicht größer, der verteilt werden kann. Die soziale Konflikte, Spannungen und Schürren von Ängsten wären damit legitimiert. Der Konflikt zwischen Gruppen, die sich mit dem Rassismus AfD verbunden fühlen, und denen, für die offene Gesellschaft eintreten, mit der Anfang einer drohenden Vertiefung der deutschen Gesellschaft, in nicht grundsätzlich ungesteuert. Vielfältige Ideen für die Richtung fundamentalen gesellschaftlichen Information gibt es zwar durchaus. Sie werden kaum von der Politik aufgenommen und auch nicht laut genug von Wissenschaftlerinnen und Intellektuellen in die Debatte eingebracht. Neue Formen der Konvivialität (von Konvivialität: zusammenleben) müssen im Denken und eingefordert werden. Das

Ziel der Konvivialisten ist eine Gesellschaft jenseits der Wachstumslogik, in der die Verbindungen von Individuen, Gruppen und Gemeinwesen auf neue Art und Weise sichtbar sind, Menschen einander in ihrer Unterschiedlichkeit achten und dabei zum Wohle aller - unter konstruktiver Austragung von Konflikten - kooperieren. Eine reale Utopie zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Die aktuelle Debatte um die Zukunft der Linken verstrickt sich hingegen in der dichotomen Gegenüberstellung von Staat und Markt. Doch sind es vor allem soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Gruppen, in denen nach neuen Formen der Konvivialität gesucht wird. Praktisch wird Konvivialität ohnehin in einer Vielzahl von sozialen Konstellationen gelebt: im familiären und freundschaftlichen Rahmen, in dem im Allgemeinen die Logik des Teilens und nicht die des individuellen Profits zählt. Dann in hunderttausenden von assoziativen Projekten der Zivilgesellschaft weltweit, im freiwilligen Engagement, im Dritten Sektor, in der sozialen Ökonomie, in Kooperativen und Genossenschaften, im moralischen Konsum, in NGOs, in Peer-to-Peer-Netzwerken, Wikipedia, sozialen Bewegungen, Fair Trade, der Commons-Bewegung und vielem mehr. Allerdings stehen diese

Die Idee des ökonomischen Wachstums in Frage stellen

Eine konvivialistische Gesellschaft muss die Idee des ökonomischen Wachstums radikal in Frage stellen. Neue Formen des Wirtschaftens sind gefordert, die den Kreislauf der permanenten Kreation von immer mehr und prinzipiell unbegrenzten Bedürfnissen - geschaffen durch die Profitlogik - durchbrechen. Diese Idee wird in der immer größer werdenden Postwachstums- oder Degrowth-Bewegung diskutiert und praktisch umgesetzt. Es wird versucht, sich kulturell und politisch aus den Fesseln des Ökonomismus zu befreien. Vielleicht brauchen wir gar kein Wachstum, um ein gutes Leben zu führen? Genossenschaften, Nonprofit-Unternehmen und viele mittelständische Betriebe haben noch nie primär auf Wachstum gesetzt. Befreit man sich vom Glauben an die Notwendigkeit des Wachstums, kann man sich auch trauen, den Auswirkungen des Neoliberalismus endlich Einhalt zu gebieten: Steuerroasen austrocknen, höhere Kapitalsteuern und eine Finanztransaktionssteuer erheben,

ben, einen Schuldenerlass für Griechenland und andere Staaten vornehmen.

Die größte Herausforderung für eine linke Vision einer Postwachstums-Gesellschaft besteht darin, wie sich die Abkehr vom Wirtschaftswachstum mit der Notwendigkeit, das materielle Niveau der unterprivilegierten Schichten anzuheben, verbinden lässt. Wenn der Kuchen nicht mehr wächst, sondern gar schrumpft, muss den Privilegierten viel radikaler etwas genommen werden. Dies geht nur, wenn wir uns von der Macht der Ökonomie befreien. Nicht nur die Ökonomie zu verstaatlichen, sondern sie gleichzeitig zu verlassen, dies wäre ein linkes Projekt.

Konkret bedeutet dies, die Abhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger von Unternehmen und Märkten abzumildern. Dazu braucht es einerseits einen funktionierenden öffentlichen Sektor und andererseits vor allem neue Formen der Kooperation zwischen Unternehmen, der öffentlichen Hand und zivilgesellschaftlichen bzw. Nonprofit-Organisationen. Gemeingüter sollten nicht privatisiert, sondern erhalten und neu kreiert werden, Genossenschaften (die die Trennung von Kapital und Arbeit aufheben) gilt es zu fördern, regionale Komplementärwährungen sind zu unterstützen. Konsumgüter brauchen eine längere Haltbarkeit, ein Leben ohne Autos muss möglich gemacht werden, und schließlich muss die Abhängigkeit nicht nur von Märkten und Unternehmen, sondern auch vom Geld durch Formen nicht-monetären Austausches verringert werden.

Schließlich brauchen wir ein radikal verändertes Verständnis von Unternehmen. So kommt ihnen beispielsweise im Konzept der Gemeinwohloökonomie Christian Felbers nicht nur die Aufgabe zu, rentabel zu sein, sie sollten auch Gemeinwohlaspekte berücksichtigen und weniger als privatwirtschaftliche denn als gemeinschaftliche Unternehmen verstanden werden, die darauf hinarbeiten, monetäre Werte zu erzeugen, die über Monetares hinausgehen und die vor allem nicht mehr ökologische und soziale Kosten externalisieren.

Eine konvivialistische Politik müsste im Namen der Natur und der Gleichheit aller

aber die Hybris, sich über andere zu stellen, alles für machbar zu halten und sich dem Gemeinwohl zu entziehen, inakzeptabel ist. Die Perspektive der Konvivialität zielt nicht darauf ab, den Gürtel enger zu schnallen, sondern auf Fülle, die aus der Begrenzung entsteht: auf die Fülle, die entstehen könnte, wenn die Stadt nicht Entfaltungsraum für Kapital und Autos, sondern Lebensraum für Menschen wäre. Wenn das Leben nicht primär aus Lohnarbeit bestünde, sondern viele Arten des Tätigseins gleichberechtigt nebeneinander stehen könnten.

Doch nicht nur zwischen Menschen und Kulturen müsste eine neue Politik der Konvivialität Einzug halten, auch im Verhältnis der Menschen zur Natur. Die Erderwärmung, der drastische Rückgang an Artenvielfalt, die kapitalistische Inwertsetzung der Natur - diesen Schwierigkeiten wird man kaum technologisch begegnen können. Konvivialität bedeutet auch, eine neue breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, welche Technik wir haben wollen. Eine konvivialistische Technik wägt die ökologischen und sozialen Auswirkungen genau ab und stellt diese wieder zur Diskussion.

Es kommt also insgesamt darauf an, das bisher dominierende neoliberale Wertewortdenken zu brechen, ohne in überkommenen Umverteilungsvisio-nen durch wirtschaftliches Wachstum zu schwelgen, die ja immer schon schädlich waren.



Frank Adloff, Jahrgang 1969, ist Professor für Soziologie an der Universität Hamburg. Im Fachbereich Sozialökonomie forscht er zu den Themen Konvivialität, Zivilgesellschaft, Nachhaltigkeit und Postwachstum.

Wo geht's nach Links?

KONTEXT:

WOCHENZEITUNG Von Gastautor Frank Adloff

Datum: 07.02.2018

Der Soziologe Frank Adloff sieht die Zukunft moderner linker Politik in der Konvivialität. Es geht darum, sagt er, wie wir zusammenleben wollen. Identitäts- und Verteilungsfragen müssten mit ökologischen Fragen verknüpft werden. Eine Erwiderung auf die Debattenbeiträge in Kontext-Ausgabe 357.

Natürlich stimmt es, dass die Linke materialistischer werden muss (Heisterhagen/Jörke im "Freitag"). Das Kapital muss wieder reguliert, die Billiglohnpolitik beendet und die Gewerkschaften müssen gestärkt werden. Und natürlich sollte es einen dritten Weg geben zwischen kosmopolitischem Liberalismus und rechtspopulistischem Nationalismus (Nachtwey in der "Zeit"). Doch reicht das? Ist nicht das Problem vielmehr, dass die Identitäts- und die Verteilungsfragen mit einer anderen Krise aufs Engste verknüpft sind, nämlich der ökologischen Krise? Diese droht wieder im Zeichen anempfohlener neuer Verteilungspolitiken unter den Teppich gekehrt zu werden. Eine Vision für die kommenden Jahrzehnte kann man politisch jedoch nur gewinnen, wenn man radikaler den Produktivismus und immer noch vorhandenen Industrialismus der Sozialdemokratie und der Linken überhaupt überwindet – ohne dabei auf krude Konzepte einer sogenannten Green Economy des linksliberalen Milieus der Realo-Grünen zu setzen.



Frank Adloff, Jahrgang 1969, ist Professor für Soziologie an der Universität Hamburg. Im Fachbereich Sozialökonomie forscht er zu den Themen Konvivialität, Zivilgesellschaft, Nachhaltigkeit und Postwachstum. (ana)

Es geht nicht um die Frage Identitätspolitik oder Verteilungsfrage, es geht um eine sozialökologische Transformation und damit um die Frage, wie wir mit den (menschlichen und nichtmenschlichen) Anderen zusammenleben können. Mit anderen Worten: Wie kann man ein gutes Leben für alle anvisieren, ohne bestimmte Gruppen – seien dies nun abgehangte Arbeiter des globalen Nordens oder die Näherinnen in Bangladesch, seien es Geflüchtete, seien es Bienen oder Eisbären – auszuschließen oder sich gar ein gutes Leben auf ihre Kosten zu machen.

Alte Fortschrittserzählungen – Erzählungen von Sozialismus, Aufklärung, einer Zähmung des Kapitalismus durch Sozialstaatlichkeit und von Fortschritt durch Technik – haben sich verbraucht. Deshalb reicht es auch nicht, die Sozialdemokratie rituell auf Jeremy Corbyn hinzuweisen, der in Großbritannien erfolgreich Labour nach vorne bringt. Umverteilung ist jetzt politisch zwar richtig und wichtig, aber kein Zukunftskonzept, wenn sich an den Konturen der "Externalisierungsgesellschaft" sonst nichts ändert. Doch wie lautet die gemeinsame Lösung aller politischen Lager? Wirtschaftswachstum wird weiter als Allheilmittel beschworen, obwohl man weiß, dass wir faktisch im globalen Norden auf ein Nullwachstum zusteuern und diese Wachstumsrücknahme auch aus ökologischen Gründen notwendig ist.

Wenn die Diagnose zutrifft, dass im globalen Norden ein Wachstum des BIP in Zukunft ausbleibt, wird der Kuchen nicht mehr größer, der verteilt werden kann. Neue soziale Konflikte, Spannungen und das Schüren von Ängsten wären damit programmiert. Der Konflikt zwischen den Gruppen, die sich mit dem Rassismus der AfD verbunden fühlen, und denen, die für die offene Gesellschaft eintreten, ist nur der Anfang weiter drohender Verwerfungen der deutschen Gesellschaft, wenn nicht grundsätzlich umgesteuert wird. Vielfältige Ideen für die Richtung einer fundamentalen gesellschaftlichen Transformation gibt es zwar durchaus. Aber sie werden kaum von der Politik wahrgenommen und auch nicht laut genug von Wissenschaftlerinnen und Intellektuellen in die Debatte eingebracht.



Gutes Vorbild: Divest Stuttgart fordert den Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung.

Neue Formen der Konvivialität (von lat. convivere: zusammenleben) müssen gefunden und eingefordert werden. Das Ziel der Konvivialisten ist eine Gesellschaft jenseits der Wachstumslogik, in der die Verbindungen von Individuen, Gruppen und Gemeinwesen auf neue Art und Weise sichtbar sind, Menschen einander in ihrer Unterschiedlichkeit achten und dabei zum Wohle aller – unter konstruktiver Austragung von Konflikten – kooperieren. Eine reale Utopie zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Die aktuelle Debatte um die Zukunft der Linken verstrickt sich hingegen in der dichotomen Gegenüberstellung von Staat und Markt. Doch sind es vor allem soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Gruppen, in denen nach neuen Formen der Konvivialität gesucht wird. Praktisch wird Konvivialität ohnehin in einer Vielzahl von sozialen Konstellationen gelebt: im familiären und freundschaftlichen Rahmen, in dem im Allgemeinen die Logik des Teilens und nicht die des individuellen Profits zählt. Dann in hunderttausenden von assoziativen Projekten der Zivilgesellschaft weltweit, im freiwilligen Engagement, im Dritten Sektor, in der solidarischen Ökonomie, in Kooperativen und Genossenschaften, im moralischen Konsum, in NGOs, in Peer-to-Peer-Netzwerken, Wikipedia, sozialen Bewegungen, Fair Trade, der Commons-Bewegung und vielem mehr. Allerdings stehen diese konvivialen Experimente bislang oft unvermittelt nebeneinander und erfahren durch die Politik eher eine Behinderung als eine Förderung.

Die Idee des ökonomischen Wachstums radikal in Frage stellen

Eine konviviale Gesellschaft muss die Idee des ökonomischen Wachstums radikal in Frage stellen. Neue Formen des Wirtschaftens sind gefordert, die den Kreislauf der permanenten Kreation von immer mehr und prinzipiell unbegrenzten Bedürfnissen – geschaffen durch die Profitlogik – durchbrechen. Diese Idee wird in der immer größer werdenden Postwachstums- oder Degrowth-Bewegung diskutiert und praktisch umzusetzen versucht. Es wird Zeit, sich kulturell und politisch aus den Fesseln des Ökonomismus zu befreien. Vielleicht brauchen wir gar kein Wachstum, um ein gutes Leben zu führen? Genossenschaften, Nonprofit-Unternehmen und viele mittelständische Betriebe haben noch nie primär auf Wachstum gesetzt. Befreit man sich vom Glauben an die Notwendigkeit des Wachstums, kann man sich auch trauen, den Auswüchsen des Neoliberalismus endlich Einhalt zu gebieten: Steueroasen austrocknen, höhere Kapitalsteuern und eine Finanztransaktionssteuer erheben, Vermögens- und Erbschaftssteuern anheben, einen Schuldenerlass für Griechenland und andere Staaten vornehmen.

Die größte Herausforderung für eine linke Vision einer Postwachstumsgesellschaft besteht darin, wie sich die Abkehr vom Wirtschaftswachstum mit der Notwendigkeit, das materielle Niveau der unterprivilegierten Schichten anzuheben, verbinden lässt. Wenn der Kuchen nicht mehr wächst, sondern gar schrumpft, muss den Privilegierten viel radikaler etwas genommen werden. Dies geht nur, wenn wir uns von der Macht der Ökonomie befreien. Nicht nur die Ökonomie zu verstaatlichen, sondern sie gleichsam zu verlassen, dies wäre ein linkes Projekt.



Konkret bedeutet dies, die Abhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger von Unternehmen und Märkten abzumildern. Dazu braucht es einerseits einen funktionierenden öffentlichen Sektor und andererseits vor allem neue Formen der Kooperation zwischen Unternehmen, der öffentlichen Hand und zivilgesellschaftlichen bzw. Nonprofit-Organisationen. Gemeingüter sollten nicht privatisiert, sondern erhalten und neu kreiert werden, Genossenschaften (die die Trennung von Kapital und Arbeit aufheben) gilt es zu fördern, regionale Komplementärwährungen sind zu unterstützen. Konsumgüter brauchen eine längere Haltbarkeit, ein Leben ohne Autos muss möglich gemacht werden, und schließlich muss die Abhängigkeit nicht nur von Märkten und Unternehmen, sondern auch vom Geld durch Formen nicht-monetären Austausches verringert werden.

Schließlich brauchen wir ein radikal verändertes Verständnis von Unternehmen. So kommt ihnen beispielsweise im Konzept der Gemeinwohlökonomie Christian Felbers nicht nur die Aufgabe zu, rentabel zu sein, sie sollten auch Gemeinwohlaspekte berücksichtigen und weniger als privatwirtschaftliche denn als gemeinschaftliche Unternehmen verstanden werden, die darauf hinarbeiten, gemeinsame Werte zu erzeugen, die über Monetäres hinausgehen und die vor allem nicht mehr ökologische und soziale Kosten externalisieren.

Eine konviviale Politik müsste im Namen der Natur und der Gleichheit aller Menschen einen Kampf gegen Maßlosigkeit einerseits und Ungleichheit andererseits führen, konkret: gegen Armut und extremen Reichtum. Ein bedingungsloses existenzsicherndes Grundeinkommen sowie die maximale Begrenzung von Einkommen wären eine Möglichkeit dafür. Ein Grundeinkommen böte die Chance, unsere Fixierung auf Erwerbsarbeit abzuschwächen. Existenzängste könnten dadurch deutlich reduziert und kreative Räume des Zusammenlebens sowie der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation eröffnet werden.

Die Ausbeutung der Natur muss aufhören

Auf der anderen Seite müssten die explodierenden Einkommensentwicklungen am oberen Rand eingedämmt werden. So könnten zum Beispiel öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, dessen Vorstand in Relation ein etwa 25-faches des Einkommens einer einfachen Angestellten des Unternehmens verdient (statt aktuell das Hundertfache und mehr). Moralisch würde sich darin ausdrücken, dass sich niemand für seine Existenz zu schämen braucht, dass aber die Hybris, sich über andere zu stellen, alles für machbar zu halten und sich dem Gemeinwohl zu entziehen, inakzeptabel ist. Die Perspektive der Konvivialität zielt nicht darauf ab, den Gürtel enger zu schnallen, sondern auf Fülle, die aus der Begrenzung entsteht: auf die Fülle, die entstehen könnte, wenn die Stadt nicht Entfaltungsraum für Kapital und Autos, sondern Lebensraum für Menschen wäre. Wenn das oberste Ziel nicht das Trimmen für den globalen Wettbewerb sein müsste, wenn das Leben nicht primär aus Lohnarbeit bestünde, sondern viele Arten des Tätigseins gleichberechtigt nebeneinander stehen könnten.



Auch Eisbären wollen anständig leben können.

Doch nicht nur zwischen Menschen und Kulturen müsste eine neue Politik der Konvivialität Einzug halten, auch im Verhältnis der Menschen zur Natur. Die Erderwärmung, der drastische Rückgang an Artenvielfalt, die kapitalistische Inwertsetzung der Natur – diesen Schwierigkeiten wird man kaum technokratisch begegnen können. Konvivialität bedeutet auch, nicht nur auf die deutsche Ingenieurskunst zu vertrauen, sondern eine neue Ethik der Mitwelt zu finden. Technokratische Projekte sind häufig Teil des Problems und nicht die Lösung. Stattdessen brauchen wir eine neue breite gesellschaftliche Debatte darüber, welche Technik wir haben wollen. Eine konviviale Technik wägt die ökologischen und sozialen Auswirkungen, die jede Technik mit sich bringt, genau ab und stellt diese wieder zur Diskussion. Sie bevorzugt Ziele in Sicht- und Reichweite, das heißt offene gegenüber proprietären Lösungen, Anpassungsfähigkeit gegenüber Einheitslösungen, und Angemessenheit in der Anwendung.

Es kommt also insgesamt darauf an, das bisher dominierende neoliberale Wettbewerbsdenken zu brechen, ohne in überkommenen Umverteilungsvisionen durch wirtschaftliches Wachstum zu schwelgen, die ja immer schon schädlich waren. Dies wussten noch die Entfremungskritik der Kritischen Theorie oder der Ökosozialismus eines André Gorz. Mittelfristig brauchen wir eine Politik der Selbstbeschränkung, den Ausstieg aus der Ökonomie und eine Gegenhegemonie der Konvivialität.

WRB Februar 2018: **Krise der Linken und der SP**

Zusammenfassung

Braun, Michael: Italienische Sozialdemokratie – Erfolg durch Transformation? in: spw, H. 221, 4/2017

Ist Matteo Renzi ein Sozialdemokrat der die Linke und den Partito Democratico (DC) erneuert oder ein verkappter Rechter und Totengräber der PD?

Die Geschichte der 2007 gegründeten PD, die eigentlich keine sozialdemokratischen Wurzeln hat ist eine ständige Transformation:

Stärkste linke Kraft war jahrzehntelang die PCI, die Distanz hielt zur sowjetischen KP. Sie erzielte in den 1970er-Jahren um die 34 % Wähleranteil und war in Gemeinden und Regionen faktisch sozialdemokratische Regierungspartei, verstand sich aber als kommunistisch. Auf Landesebene gehörte sie nie der Regierung an. Daneben gab es die schwache sozialistische Partei PSI, die den PCI bekämpfte.

Nach dem Mauerfall 1989 wurde die PCI neu gegründet als Demokratische Linkspartei. Die Identität der Partei war diffus (Ja zu Europa und für eine liberale Demokratie), verstand sich als sozialdemokratisch. Eine kleine Minderheit, die an der kommunistischen Identität festhalten wollte spaltete sich ab, blieb aber unbedeutend.

Korruptionsermittlungen (mani pulite) führten zum Zusammenbruch der bisherigen Regierungsparteien Democrazia Cristiana und PSI unter Craxi und auch zum Ende der Ersten Republik 1992.

Die Wahlen 1994 gewann Berlusconi mit seiner neu gegründeten Forza Italia.

1998 Gründung der Linksdemokraten, bestehend aus der zuvor gegründeten Demokratischen Linkspartei, linken Kleinparteien hervorgegangen aus dem PSI und Linkskatholiken. Der Parteiapparat blieb in den Händen von ehemaligen PCI-Funktionären. Programm der Linksdemokraten war eine Art Dritter Weg à la Blair und Schröder, Arbeitsmarktflexibilisierung.

Demokratische Linkspartei, bzw. Linksdemokraten waren wiederholt Teil einer grossen Mitte-Links-Regierung und stellten den Regierungschef. 2001 wieder Wahlsieg Berlusconis, der bis 2006 regierte. Hauptpunkt des „Programms“ der Linksdemokraten war die Opposition zu Berlusconi. Allerdings wurden die linken Parlamentarier als zahn- und mutlos wahrgenommen. Dies trug mit zur Entfremdung eines Teils der linken Wählerschaft und zum Aufstieg der Protestbewegung 5Stelle.

2007 erfolgte die Gründung des Partito Democratico (PD) aus einer Fusion der Linksdemokraten und der christdemokratischen „Margerita“. Auch diese neue Partei besass keine wirklich einende Identität. (Peppone und Don Camillo waren jetzt in derselben Partei).

2008 erzielte die neue Partei 33% Wähleranteile, vor allem auf Kosten der radikalen Linken. Wahlsieger war aber wiederum Berlusconi.

2013 kam die PD noch auf 25 % (wie 5Stelle), führt aber trotzdem seither die Regierung.

Die PD und deren Vorgänger wurde nicht als Partei wahrgenommen, die klassische linke Anliegen vertrat sondern im Gegenteil als Teil von grossen Regierungskoalitionen deregulierte, auch im Sozialbereich sparte und Steuern erhöhte und so die linke Wählerschaft enttäuschte.

Seit 2013 ist Renzi Chef der PD. Er versprach, die alte Führungsschicht der PD zu „verschrotten“ und die Partei, die eigentlich über kein ideologisches Fundament verfügte, ideologisch zu entrümpeln. Es gelang auch mit einer „unideologischen“ Politik nicht, bei der Rechten Wähler zu holen und Beppe Grillo und dessen 5Sterile zu stoppen.

Die parteiinternen Machtkämpfe führten zu Austritten und Abspaltungen am linken Parteiflügel.

Fazit: Die verschiedenen transformierten, ehemaligen Linksparteien vermochten weder in der Regierungs- und Parlamentsarbeit, noch als Partei mit klarem linkem Programm zu überzeugen.

WRB Februar 2018

Die Linke im Umbruch

Yves Wegelin fragt in der WOZ
ob sich die sozialdemokratischen Ideen überlebt haben.

Der Abstieg der deutschen SPD begann 2009 als diese nach 11 Jahren in der Regierung von 34 auf 23 % absackte.

2010 wurde der britische Minister Gordon Brown abgewählt.

2011 fiel der Stimmenanteil der PSOE in Spanien von 44 auf 29 %

2012 jener der Pasok in Griechenland von 44 auf 13%.

Eine verbreitete Erklärung dafür ist, dass es den Leuten zu gut gehe.

Als ab Mitte der 60 er Jahre die Sozialdemokraten an die Macht kamen und der Wohlfahrtsstaat weitgehend stand, nachdem die erstarkte Linke Druck gemacht hatte, sagten sich die Parteien von ihrem Kampf um wirtschaftliche Gerechtigkeit los. Die Arbeiterschaft ist geschrumpft und es wuchs gleichzeitig eine neue, besser qualifizierte liberale Mittelschicht heran, die die Sozialdemokratie für sich zu erobern suchte, indem sie einen wirtschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Liberalismus propagierte.

Ein weiterer Grund für den Niedergang der sozialdemokratischen Politik laut Wegelin: Der europäische Binnenmarkt mit seinem freien Verkehr für Kapital, Güter Dienstleistungen und Personen wurde im Namen der gesellschaftlichen Oeffnung der Bewegungsfreiheit und des Friedens verkauft.

Wo Investoren ihr Kapital über Nacht verschieben können, sind den Regierungen die Hände gebunden.

Die Sozialdemokratie habe 30 Jahre lang mitgeholfen Staatseigentum zu privatisieren, Steuern zu senken und Arbeitsmärkte zu deregulieren.

Die Reichen profitierten und gleichzeitig führte dies bei der öffentlichen Hand und den privaten Haushalten zu immer grösseren Löchern.

Der Staat rettete die Banken und verschuldete sich weiter.

Die Finanzkrise markierte zugleich die Rückkehr der alten Sozialdemokratischen Forderung nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit.

In den Blick geriet auch das neue Dienstleistungsproletariat, welches die IndustriearbeiterInnen abgelöst hat.

Während die Sozialdemokraten ab den Siebzigern anfangen, den Liberalismus hochzuhalten, begann auf der anderen Seite des politischen Spektrums der Aufstieg des Rechtsnationalismus.

Der Kulturkampf zwischen Liberalismus und Nationalismus dreht sich vorwiegend um Europa, die Zuwanderung und den Islam.

WählerInnen gehen auch verloren an die Neue Linke, weil sie die rechtsnationale Agenda teilweise übernehmen.

Ebenfalls an die Rechtsnationalen, die sozialpolitisch nach links gerutscht sind und auch an die Bürgerlichen, die ihren „dritten Weg“ weiterführen.

Die grosse Frage ist: Wie ist es in einer globalisierten Welt mit freiem Kapitalverkehr möglich linke Ideen durchzusetzen?

Daniela Gerspacher

WRB Sept. 2017: Das demokratische Weltparlament (Leinen/Bummel 2017)

Zusammenfassung Kapitel 22

Globale Klassenformation, die „Superklasse“ und globale Ungleichheit

Dieses Kapitel behandelt Theorien zu den weltweiten sozialen Klassen und fragt nach politischen Massnahmen im Kampf gegen die Ungleichheit.

Das System der Ersten und Dritten Welt, der Gegensatz von Zentrum und Peripherie, von Norden und Süden gibt es nicht mehr. Es gibt neu innerhalb der Weltgesellschaft sozial benachteiligte Schichten und ein superreiche globalisierte Elite.

Aufstrebende Mittelschichten in Entwicklungsländern wollen mehr Rechte und Verbesserungen, Mittelschichten im Westen sehen sich mehr und mehr wirtschaftlich bedroht. Dies wird zu Konflikten führen. Die Unterschiede dieser Mittelschichten sind nach wie vor sehr gross, die Solidarität gering. Trotzdem gibt es gemeinsame Interessen, z.B. die Ablehnung der Steuerumgehung der Superreichen.

Eine weitere Theorie sieht ein „globales Prekariat“ heraufziehen. Das sind Leute, die sich irgendwie durchwursteln mit Gelegenheitsjobs, ohne soziale Absicherung, Opfer von Flexibilisierung und Abbau. Inhomogene Gruppe: gut ausgebildete, wenig gebildete, In- und Ausländer. Fühlen sich nicht vertreten durch traditionelle Parteien und Institutionen.

Konzept der „Multitude“: Alle, die unter der Herrschaft des Kapitals leben oder arbeiten werden sich (evtl.) erheben gegen eine internat. Aristokratie mit dem Ziel einer globalen Demokratie.

Das „Unten“ ist schwierig zu definieren. Andererseits ist es klar, dass es eine globale Elite von Superreichen gibt, die gut vernetzt, aber ebenfalls wenig erforscht ist.

Die ärmere Hälfte der Welt besitzt weniger als 1% des globalen Vermögens, zwei Drittel der Ärmern besitzen 3% und das reichste Prozent besitzt 46% aller Vermögen.

Eine Theorie geht von einer transnationalen kapitalistischen Klasse (TCC) aus, welche die Produktionsmittel und den Prozess der Globalisierung kontrolliert. Gemeinsames Interesse ist die Vermehrung des Privateigentums. Die Nationalstaaten spielen dabei keine Rolle mehr. Der in Nationalstaaten früher aufgezwungene Klassenkompromiss (Ausgleich) wird transnational umgangen und aufgelöst. Es ist dabei eine internationale Verflechtung, eine Art transnationaler Staatsapparat im Interesse dieser Klasse entstanden, unabhängig vom Einfluss der Nationalstaaten.

Transnationale Konzerne sind eng miteinander verflochten. Es bräuchte globale Regeln um diese Verflechtung zu begrenzen. Ein globales Kartellrecht mit entsprechender Behörde gibt es trotz jahrzehntelanger Bemühungen nicht. Eine solche Behörde bräuchte die Legitimation durch ein globales parlamentarisches Gremium.

Die globale Ungleichheit führt zu sozialer Instabilität. Die Einkommensungleichheit in den USA war einer der Auslöser der Finanzkrise. (Zu viel Kapital, zu wenig Anlagemöglichkeiten, faule Kredite, Verschuldung, Immobilienblase, Bankenzusammenbrüche.)

Das Einkommen aus Kapitalanlagen vermehrt sich schneller und stärker als jenes aus Erwerbsarbeit. Nötig wäre deshalb eine globale Kapitalsteuer. Ziel: Wachstum der Vermögensungleichheit stoppen, Bankensystem regulieren und Krisen verhindern.

Wie Ungleichheiten reduzieren? Z.B. mit einem globalen Grundeinkommen, durch Steuer finanziert. Stärkung der Kaufkraft, der Nachfrage, der Reallöhne, der Arbeitnehmerrechte und der Gewerkschaften. Um dies zu erreichen braucht es weltstaatliche Strukturen und ein Weltparlament.

Es braucht einen neuen globalen Klassenkompromiss. Für eine soziale Weltordnung muss die Dominanz der globalen Elite eingeschränkt werden. Das Weltparlament ist dabei die institutionelle Plattform um einen sozialen Ausgleich zu organisieren, auch im Interesse der Eliten.

Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt WRB

Thema: Krise der Linken im Allgemeinen und der SP im Besonderen

Gesprächsnotizen vom 2. Februar 2018

Dran denken: Die nächste WRB-Werkstatt ist erst in 14 Tagen, am 17. Februar.

Aufträge

Von jedem Anlass eine zweiseitige Zusammenfassung der Diskussion und der Voten protokollieren und an alle versenden, damit der Reichtum an Ideen erhalten bleibt.

An der nächsten Zusammenkunft entscheiden, ob und wie die WRB-Runde am Anlass auf dem Balmberg vom September teilnimmt und ob wir deshalb das Thema Demokratie am Mai-Anlass vorgezogen behandeln wollen. Thema Medien und Zeitung einbeziehen s.u..

Markus Schneider erhält den Auftrag abzuklären, ob die Stadt Solothurn Gefahr läuft, als erster Kantonshauptort eine eigene Zeitungsredaktion zu verlieren. Zeitungen sind für die Demokratie wichtiger als Fernsehen oder Radio. Der Staat muss eingreifen, wenn die staatliche Infrastruktur in Gefahr ist, dazu zählt auch eine Zeitung. Die Frage bleibt offen, ob die Gruppe aktiv werden soll. Markus zieht den Weg über das Kantonsparlament vor.

Nancy Lunghi wird für nächstes Mal die politische Entwicklung in Italien über 2017 hinaus verfolgen und aufzeigen.

Rundfrage von Andi an alle Anwesenden: Ist die SP in der Krise?

Jürg: Vorwärts gehen kann man erst, wenn die Armut überwunden ist, meint Hannah Arendt. In der Schweiz ist die Schmerzgrenze noch nicht erreicht. Sie fehlt als Grundlage für eine starke Linke.

Daniela: Nicht nur die SP steckt in der Krise, sondern auch andere Parteien, Vereine. Das ist eine gesellschaftliche Veränderung. Heute will man nach dem Lustprinzip leben, sich für einzelne Themen einsetzen, die gerade wichtig sind, aber keine Strukturarbeit leisten. Mehr Bildung und erklären, bzw. Vorleben (in der Familie) was demokratisches Verhalten ist. Es fehlen klare Positionen: Was ist links, rechts, alles ist undurchsichtig, den Menschen fehlt die Orientierung.

Nancy: Gibt Daniela recht. Heute ist das Individuum wichtig, der Alleingang steht im Vordergrund. In der Realität besteht kein Bedürfnis nach Gruppe. Das ist zu schwierig und unsicher. Die Linken sind gespalten (SP, Grüne, GLP, usw.) Wer sich an die Nationalität klammert, hat Oberwasser und Rückenwind, deshalb sind die Rechten so erstarkt und die Linken in der Krise.

Stephan: Der gesellschaftliche Wandel ist komplex. Wie kommt es dazu? Er erlebt es mit seinen Kindern nah. Es gibt eine wahnsinnige Vielfalt. Die Kinder haben keinen Bezug und keine Ahnung von der Vergangenheit. Die veränderte Kommunikation ist Teil des Wandels. Zeit wird für kurze Einsätze, Projekte sehr wohl investiert. Aber alles ist schnelllebig. Egoistisches Denken der Lottospieler herrscht vor: Eher denen glauben, die im Falle eines Aufstieges noch einen zusätzlichen Profit versprechen. Fraglich, ob politische Bildung etwas nützt, wenn die ganze Gesellschaft sich wandelt.

Andi: Spontaner Protest liegt eher drin. Das zu organisieren ist heute einfacher geworden.

Markus: Die linke Bewegung geht über die SP hinaus. 1. *Programmatik, Inhalt*: Da liegen die grössten Defizite. Wir Linken sind nicht in der Lage, den Menschen Orientierung zu geben, gerade bei denen nicht, die wir begeistern können müssten. 2. *Organisation*: Es zeigt sich auf der Gemeindepolitik. Alle machen Sachpolitik, keine Parteipolitik. Es fehlt das Bewusstsein, was SP-Politik auf Gemeindeebene bedeutet. Wir schöpfen unser Wählerpotenzial nicht aus und wir haben keine Antworten. 3. *Frage des innerpolitischen Zusammenhalts*: Wir sind viel zu

defensiv. Wir stellen z.B. auch vor die SRG, sind aber nicht in der Lage, die Medienvielfalt in der Region zu stärken, erhalten.

Andi: Die politische Krise in der Schweiz ist nicht so schlimm, wie im übrigen Europa. Grund dafür ist die direkte Demokratie. Das ist der Grund, dass hier mehr Leute politisch aktiv sind also im übrigen Europa. Jeder muss mehr machen, als nur zahlen und zusehen.

Trotzdem sind wir von der generellen Krise erfasst. Politisch kann man nicht mehr viel erreichen. Die Macht liegt nicht mehr in der Politik, sondern in der Ökonomie. Die besten Leute gehen deshalb heute in die Wirtschaft, nicht mehr in die Politik. Wir haben zu kurze Spiesse. Wie verlängern? Der Rückzug ins Private wird in der Schweiz überdurchschnittlich verstärkt. Alle sind allein. Das ist eine unpolitische Voraussetzung, Demokratie lebt vom Zusammensein. Momentaner Widerstand ist möglich, eine Bewegung aber nicht. Politik mehr ist als nur wählen. Die Leute werden auf die Rolle als Zuschauer- und Konsumenten reduziert. Die Politik ist nicht mehr in der Lage, dieses Potenzial auszuschöpfen. Der Fokus liegt auf Hauptfiguren. Mit Hilfe der Medien werden sie zu Heilsfiguren hochgejubelt und sind schnell verbraucht. Einzelne Figuren haben übermenschliche Aufgaben zu stemmen. Alles wird auf eine hierarchische Spitze getrieben.

Riesenbedürfnisse für Parteiarbeit. Orientierungsquellen heute: Bildung ersetzt durch Kampagnenarbeit. Die negative Seite: Wenn unsere Politiker unsicher werden, gebärden sie sich überheblich und arrogant. Das kommt schlecht an, vor allem bei uns Linken. Das zeigen die nun aktuellen Ereignisse rund um die No-Billag-Abstimmung. Wie reagierte die SP? Zufällig kamen Linke an die Spitze der Kampagne, ohne dass die Parteispitze sich überlegt hat, ob die das können und wie sie das machen. Da könnte die SP viel besser strategisch arbeiten. Wer eignet sich für was. Die Schweiz ist in diesem Bereich unterorganisiert, das Ausland überorganisiert. Soziale Medien (Twitter, Facebook, Whatsapp, usw.) sind heute glaubwürdiger als die (kostenpflichtigen) Printmedien.

Zum Buch. Es wurden nur die Zusammenfassungen besprochen, deren VerfasserInnen anwesend waren. Die andern kommen am 17. Februar zur Sprache.

Gemeinsamkeit der SP/EU:

Alle sind vom Neoliberalismus geprägt. Politik nicht mit den Leuten, sondern für die Leute.

Die SP in der Repräsentationskrise, wenn nur noch die Wahlen zählen. Viele Wählergruppen finden sich nicht wieder in den Parteien und Köpfen, Alltag ≠ politische Botschaft. Beliebt sind eher VertreterInnen der gewinnenden Seite als der verlierenden. Die SP kann nicht begeistern, sie bietet immer weniger faszinierende Aspekte für die Zukunft.

Entwicklung in England, die Lehren daraus: In England herrscht die ausgeprägteste Klassengesellschaft in ganz Europa. Es gibt besonders radikale gesellschaftliche Unterschiede. Das zieht besonders radikale Folgen nach sich. Schon die Volksschule ist schlecht und sehr unterschiedlich. Viele Menschen fühlen sich vergessen.

Spannendes Thema: Ghettoisierung in den verschiedenen Ländern. Wie kam es dazu? Folge der Industrialisierung.

Alle sind auf die neoliberalen Blair und Schröder reingefallen.

Unsere Sprache ist unverständlich, zu weit entfernt vom realen Alltag, genauso wie unser Handeln auch.

Von Schwedens Linken können wir nicht viel lernen. Durch Vergangenheit zu stark geprägt: Grossreich, Monarchie, immer zentralistisch regiert.